Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Freistaaten

Nummer 123 — mit der wöchentlich erscheinenden Gratis-Beilage „Volk und Zeit" — 35. Jahrgang

Bezugspreis bei freier Zustellung ins Haus durch unsere Trägerinnen, sowie durch die Post bezogen monatlich 2.00 Mk. — Einzelnummer 15 Goldpfennig. — Die Zeitung erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle und Redaktion: Schulstraße 20. Fernspr.-Nrn.: Redaktion 2935; Expedition 353.

Bielefeld, Dienstag, 27. Mai 1924.

Anzeigenpreis: Einspaltige Millimeterhöhe 7 Goldpfennige. Reklameteil: Millimeterhöhe 30 Goldpfennige. Tarifliche Rabatte werden nur bei Zahlung innerhalb 5 Tagen nach Erhalt der Rechnung gewährt. — Anzeigenannahme bis 5 Uhr nachmittags.

Rücktritt der Reichsregierung Marx.

Kurze Tagesschau.

Die Reichsregierung ist gestern zurückgetreten, nachdem die Volkspartei umgefallen war. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts genehmigt. Die bisherige Regierung Marx führt vorläufig die Geschäfte fort.

Der neugewählte Reichstag wird heute nachmittag vom Alterspräsidenten, unserem Genossen Bock, eröffnet. Die erste Sitzung wird sich nur mit Formalitäten beschäftigen.

In Berlin begannen die Verhandlungen gegen die Angeklagten Thormann und Grandel vor dem Schwurgericht, die beschuldigt werden, ein Attentat auf General v. Seeckt geplant zu haben.

Den Präsident der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Syrup hat gestern mit den Parteien des Bergbaues verhandelt. Die Verhandlungen haben anscheinend die Parteien näher gebracht, und sie werden heute fortgesetzt.

Der Preußische Landtag behandelte gestern die Lage im streikenden Ruhrrevier.

Ein Trauerspiel.

Am 15. Mai forderte die deutschnationale Parteileitung den Rücktritt der Reichsregierung. Der Sinn dieser Forderung war, eine Bresche in die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft zu schlagen und als angeblich stärkste Partei mit der Kabinettsbildung beauftragt zu werden. Noch am späten Abend antwortete die Regierung auf das deutschnationale Verlangen mit einer scharfen Entgegnung, die u. a. besagte, daß die Regierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, Deutschland in den Verhandlungen über die Sachverständigengutachten zu vertreten und die zur Durchführung der Gutchten erforderlichen Gesetzentwürfe vorzubereiten. An anderer Stelle der Erwiderung heißt es schließlich: „Für die Reichsregierung wäre es unverantwortlich, wollte sie aus innerpolitischen Gründen die außenpolitischen Interessen Deutschlands aufs Spiel setzen."

Diese Erwiderung des Reichskabinetts war durchaus berechtigt. Jede wochenlange Krise muß in Anbetracht der Gesamtlage Deutschlands zu schweren wirtschaftlichen und politischen Folgewirkungen führen. Sie würde in ihrer Auswirkung eine Bedrohung der Stabilität unserer Währung und infolgedessen eine ernsthafte Gefährdung der mit großen Opfern begonnenen wirtschaftlichen Stabilisierung bedeuten. Jede verantwortungsbewußte Regierung hätte deshalb nicht anders handeln können wie das Kabinett Marx, das damals die verantwortungslose Forderung der Deutschnationalen ablehnte. Inzwischen aber hat das Verantwortungsbewußtsein des Ministeriums Marx sein Ende erreicht. Die Regierung ist am Montg abend zurückgetreten, ohne daß eine Klärung der Lage eingetreten und die Voraussetzungen geschaffen wären, die eine Reichskrise im Augenblick hätten erträglich machen können. Denn immer noch besteht über die parlamentarische Lage nicht die notwendige Klarheit, so daß infolge des Rücktritts ein wochenlanger Krisenzustand nicht ausgeschlossen ist und jene Gefahren, die das Kabinett damals vermeiden wollte, jetzt durch den ihm von den volksparteilichen Ministern versetzten Dolchstoß doch noch eintreten können.

Wochenlang hat die Regierungspresse von den Deutschnationalen Klarheit über deren Außenpolitik verlangt. Durch den Rücktritt des Kabinetts ist die Erfüllung dieser Forderung wenigstens vorläufig wieder illusorisch gemacht worden. Bekanntlich wurden die Verhandlungen zwischen den Mittelparteien und den Deutschnationalen am Sonnabend unter dem Eindruck vertagt, daß die Deutschnationale Fraktion infolge ihrer Zusammensetzung gar nicht imstande ist, über die von ihr beabsichtigte Außenpolitik Klarheit zu schaffen. Am Montag nachmittag sollen die Deutschnationalen diesen Eindruck durch einen Beschluß über ihre Stellungnahme zu der bisherigen Außenpolitik vor dem In- und Auslande bestätigen und ein Bekenntnis über ihre Verantwortungslosigkeit bzw. Unfähigkeit ablegen. Aber noch bevor es soweit kommen konnte, wurde in der Presse der bevorstehende Rücktritt des Kabinetts angekündigt. Die Deutschnationalen hatten also gar keinen Anlaß, unter diesen Umständen noch Farbe in dem Sinne zu bekennen, wie es von ihnen verlangt worden war. Wir sind deshalb heute genau so weit wie vor 14 Tagen. Der Kuhhandel zwischen den bürgerlichen Parteien wird von neuem beginnen, weil die Volkspartei es will. Sie ist verantwortlich für die Demission des Kabinetts, denn ihre Minister mußten der Regierung im Auftrage der Fraktion den Dolchstoß versetzen, der vielleicht ein Dolchstoß für die Rentenmark bedeutet. Lediglich parteitaktische Gründe haben den Anlaß dazu gegeben. Die Angst vor der deutschnationalen Opposition, die Furcht der Volkspartei, es könnten ihr noch mehr Wähler verloren gehen, wenn die Deutschnationalen nicht zur Mitverantwortung verurteilt sind, führte zu der Ankündigung des Rücktritts der volksparteilichen Minister, der sich zu einer Gesamtdemission auswirken mußte.

Was soll nun werden? Die Volkspartei wünscht vom Reichspräsidenten, daß er zunächst die stärkste Fraktion — und das sind die Deutschnationalen — mit der Kabinettsbildung betraut. Die Kriegshetzer und Putschisten sollen die Führung der Geschäfte der deutschen Republik übernehmen. Wir möchten vorläufig noch dahingestellt sein lassen, ob der Reichspräsident die Deutschnationalen überhaupt mit der Kabinettsbildung betraut. Seine Pflicht ist vor allem, die Verfassung zu hüten und verfassungsrechtliche Mißbräuche zu verhindern. Wie aber will er dieser Aufgabe gerecht werden, wenn er Herrn Hergt mit der Kabinettsbildung beauftragt? Bevor das geschieht, müssen mindestens eine ganze Reihe von Fragen geklärt werden. So lange sich Hergt z. B. nicht klipp und klar zur Reichsverfassung bekannt hat, ist u. E. gar nicht daran zu denken, daß der Reichspräsident ihm Vollmachten zur Regierungsbildung erteilt. Aber selbst wenn die Deutschnationalen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, die mit jedem Auftrag zur Regierungsbildung verbunden sind, in dem erforderlichen Maße erfüllen sollten, dürfte ihre Mission scheitern, weil das Zentrum den Eintritt in eine Regierung unter deutschnationaler Führung ablehnt. Es wird also schließlich nichts anderes übrig bleiben, als Herrn Marx wieder mit der Kabinettsbildung zu beauftragen.

Gerade mit Rücksicht auf die zu erwartende wochenlange Krise halten wir den Rücktrittsbeschluß des Kabinetts u. a. auch deshalb für volksschädlich, weil an seine Stelle voraussichtlich wieder eine Regierung auf der bisherien Basis tritt. Um das zu erreichen, brauchte man u. E. keine wochenlange Krisenzeit, die den Gegnern des Parlamentarismus neue Gelegenheit bietet, das Parlament vor der Oeffentlichkeit herabzusetzen und die schließlich auch ohne moralische Schädigungen im Auslande nicht zu überwinden sein wird. Die Entscheidung unseres Volkes vom 4. Mai wirkt sich also bereits jetzt als Trauerspiel aus. Dieses Trauerspiel bald zu beenden und seine Ursachen zu überwinden, muß u. E. jetzt das Ziel der sozialdemokratischen Politik bilden. Praktisch ergibt sich daraus für unsere Parteigenossen, daß sie für neue unausbleibliche Kämpfe rüsten müssen. Der Wille, den Verlust vom 4. Mai wieder wettzumachen, bestimmt Form und Inhalt der neuen Rüstungen.

Rücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 26. Mai. (WTB.-Drahtmeldung.) Die Reichsregierung hat in ihren Sitzungen vom 6. und 15. d. M. beschlossen, bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages im Amte zu bleiben. In Verfolg dieses Beschlusses hat die Reichsregierung heute erneut zu dieser Frage Stellung genommen und einmütig beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen und das Reichskabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Der Umfall der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 27. Mai. (WTB.-Drahtmeldung.) Wie die Blätter mitteilen, traten gestern abend, unmittelbar nach Empfang der deutschnationalen Antwort die Führer der Mittelparteien zusammen. Während die Demokraten und das Zentrum der Meinung waren, daß mit der deutschnationalen Antwort, die eine Ablehnung der Forderung der Mittelparteien darstelle, die Verhandlungen mit den Deutschnationalen abgebrochen seien, glaubten die Vertreter der Deutschen Volkspartei aus dem Wortlaut der deutschnationalen Erklärung auf die Möglichkeit weiterer Verhandlungen schließen zu können. Im übrigen waren alle drei Mittelparteien dahin einig, daß nunmehr der Reichspräsident die Initiative zur Kabinettsneubildung zu ergreifen habe. Eine Antwort der Mittelparteien soll, den Blättern zufolge, auf die deutschnationale Erklärung nicht erfolgen.

Heute Reichstagseröffnung!

(Drahtmeldung unseres Berliner Bureaus.)

Berlin, 27. Mai. Die 1. Sitzung des Reichstags, die heute um 3 Uhr vom Genossen Bock als Alterspräsidenten eröffnet wird, ist lediglich der Erledigung von Formalitäten gewidmet. Es wird erwartet, daß die Kommunisten trotzdem. insbesondere bei der Verlesung des Namens Ludendorff, Radauszenen veranstalten werden. Infolgedessen ist im voraus für den notwendigen Schutz Sorge getragen worden. Am Mittwoch soll die Wahl des Reichstagspräsidenten erfolgen. Es ist anzunehmen, daß sich die Parteien am Dienstag über die Person des Präsidenten einigen werden. Am Donnerstag, dem Himmelfahrtstage, wird keine Sitzung abgehalten. Wann der Reichstag mit seinen eigentlichen Arbeiten beginnt, ist noch unbestimmt, so lange die Regierungskrise nicht überwunden ist.

Die erste Fraktionssitzung.

(Drahtmeldung unseres Berliner Bureaus.)

Berlin, den 27. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montag zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammen, die mit einer Besprechung über die politische Lage verbunden wurde. Im Anschluß an den Bericht des Genossen Müller-Franken erfolgte eine allgemeine Aussprache, ohne daß ein Beschluß gefaßt wurde. U. a. wurde auch die Besetzung des Reichstagspräsidiums erörtert, aber auch in dieser Frage erfolgte keine Beschlußfassung. Die Mitteilungen bürgerlicher Korrespondenzen aus Anlaß der über den genannten Punkt geführten Debatte entsprechen nicht den Tatsachen.

Zum Schluß der Sitzung wählte die Fraktion den bisherigen Vorstand einstimmig wieder. Er setzt sich zusammen aus den Genossen Hermann Müller, Dittmann, Scheidemann, Wels und Henke als Vorsitzende. Außerdem gehören dem Fraktionsvorstand an die Genossen: Breitscheid, Crispien, Dißmann, Hertz, Hildenbrand, Hilferding, Hoch, Frau Juchacz, Loebe, Schumann und Stampfer.

Forderung auf Rücktritt der Regierung.

(Drahtmeldung unseres Berliner Bureaus.)

Berlin, 27. Mai. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei teilt mit: Am Montag hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei entsprechend der bisherigen Haltung der Reichsminister Dr. Stresemann und Jarres einstimmig beschlossen, die Demission des Kabinetts zu fordern, um die Bahn frei zu machen für die verfassungsmäßige Aufgabe des Reichspräsidenten, eine den neuen parlamentarischen Verhältnissen entsprechende Regierungsbildung herbeizuführen.

Das Attentat auf Seeckt.

(Drahtmeldung unseres Berliner Bureaus.)

Berlin, 27. Mai. Vor den Geschworenen des Landgerichts I in Berlin, unter denen sich eine Frau befindet, begann am Montag der Prozeß gegen die beiden rechtsradikalen Attentats-Politiker Thormann und Dr. Grandel, die Mitte Januar durch einen gedungenen Meuchelmörder **General von Seeckt beseitigen lassen wollten.** Der Angeklagte Thormann, der im Jahre 1881 geboren ist, wurde im Kriege als Landsturmmann zu einer Kraftfahrerabteilung eingezogen. Nach kurzer Zeit erlitt er bei einem Sturz hinter der Front einen Schädelbruch, womit seine kriegerische Betätigung beendet war. Im Jahre 1918 wurde er von seiner Frau geschieden, und nach einem seelischen Zusammenbruch beschloß er, seine ganze bisherige Lebensweise umzustellen. Zunächst übersiedelte er an einen kleinen Ort an der Ostsee, von wo er aber nach zwei Jahren „infolge ewiger Schikanen der Behörden" nach Süddeutschland zog. Da man ihn aber in diesem „angeblich demokratischen Süddeutschland" genau so verfolgte wie im Norden, verkaufte er das kleine Hotel, das er besaß, und beschloß, sich ganz dem politischen Leben zuzuwenden und auf Reisen die Verhältnisse und die Stimmung in Deutschland kennen zu lernen. Nach einer Reise an den Rhein kam er nach München, weil, wie er gehört hatte, „das wahre Deutschtum dort am wenigsten unterdrückt würde". Hier lernte er in nationalsozialistischen Versammlungen

die Führer der Rechtsbewegung kennen,

trat auch bald offiziell in die Nationalsozialistische Partei ein und nahm seine politische Tätigkeit auf. Auch mit Roßbach trat er in Verbindung, außerdem mit einem Deutschamerikaner namens Dr. Janczik, der, schwerreich, sich in rechtsradikalen Verbänden für die Anknüpfung von Auslandsverbindungen anbot. Nach einem vorübergehenden Aufenthalt in Berlin siedelte er endgültig nach München über. Bei seiner Ankunft am 23. Oktober 1923 flüsterte ihm bereits am Bahnhof ein Bekannter zu: **„Es geht los!"** Infolgedessen meldete er sich am 26. Oktober zum Eintritt bei der technischen Abteilung der „ruhmreichen" Brigade Ehrhardt. Das Fehlschlagen des Hitlerputsches am 9. November mit seinen 21 Toten habe ihn schwer erschüttert. Da „die begeisterten jungen Leute leider nichts zu essen" hatten, erhielt er die Erlaubnis, zu ihrer Verpflegung eine Mannschaftsküche zu gründen. Ohne einen Pfennig Geld brachte er bis zum 15. Dezember bei den niederbayerischen Bauern die Lebensmittel für 15 000 Mannschaftsspeisungen auf, die er mit zwei Lastautomobilen nach München schaffte.

Im Laufe seiner weiteren politischen Betätigung will er dann den Deutschamerikaner Janczik als Spitzel einer

„Berliner Clique"

entlarvt haben. Selbst bayerische Gerichte haben diesen Spitzel jedoch nicht verurteilt. Die Bekanntschaft Thormanns mit diesem Dr. Janczik ist deshalb von Bedeutung, weil er durch diesen den Sekretär der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Berlin, von Tettenborn, kennengelernt hatte, der bekanntlich mit Thormann auf den Attentatsplan einging, die Sache aber dem Reichskommissar für öffentliche Sicherheit meldete und damit die Attentäter der Polizei auslieferte. Thormanns Beweisführung geht indessen von Anfang an dahin, von Tettenborn als Spitzel hinzustellen, der selbst den Mordplan gegen Seeckt ausgearbeitet habe, um ihn, Thormann, hereinzulegen. Thormann will also einfach den Spieß umdrehen.

(Die Vernehmung dauert fort. Fortsetzung morgen.)

Eröffnung der italienischen Kammer.

Rom, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonnabend erfolgte hier unter dem Aufgebot des üblichen Pomps die formelle Eröffnung der neuen Legislaturperiode der italienischen Kammer. Der König hielt die Thronrede, deren Text sicherem Vernehmen nach aus der Feder des Ministerpräsidenten Mussolini und seines Unterstaatssekretärs Accergo stammt. Die Rede hat in allen politischen Kreisen Italiens wegen ihres ausgesprochenen nationalistischen Tones berechtigtes Aufsehen erregt. In Abgeordnetenkreisen heißt es, daß Italien in seiner ganzen Geschichte eine derartige nationalistische Rede aus dem Munde seines Monarchen noch nicht vernommen hat. Der König verherrlichte in seiner Thronrede Armee und Flotte und insbesondere die Miliz der faszistischen Schwarzhemden, die nunmehr, wie der König ankündigte, in das reguläre Heer mit aufgenommen und auf den König vereidigt werden soll. Trotzdem bekam es diese Thronrede fertig, von der unaufhörlichen Friedensarbeit (!) der italienischen Regierung und ihrem Wunsche zu sprechen, die guten und friedlichen Beziehungen zu allen Nachbarstaaten dauernd aufrecht zu erhalten. Die Thronrede wies in diesem Zusammenhange auf die Verträge mit Rußland, Jugoslavien und der Tschechoslowakei hin und erinnerte weiter daran, daß die italienische Regierung sich nunmehr aktiv an der endgültigen Lösung des die ganze Weltwirtschaft verwirrenden Reparationsproblems beteiligen werde.

Die Lauchstädter Festspiele, die zum letzten Male 1914 stattfanden, sind jetzt mit einer von Weimarer Schauspielkräften vermittelten „Tasso"-Aufführung wieder eröffnet worden.

Debatte über den Bergarbeiterkampf.

Preußischer Landtag.

Berlin, 26. Mai. (Eigener Bericht.) Der Preußische Landtag besprach am Montag den großen Bergarbeiterkampf im Ruhrgebiet. Als Ergänzung zu dem Antrag unserer Genossen über die Oeffnung der Staatsbetriebe im Ruhrrevier lag ein weiterer sozialdemokratischer Antrag vor, der das Staatsministerium ersucht, mit aller Energie und Dringlichkeit auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Lasten aus den Micumverträgen sofort auf die gesamte deutsche Wirtschaft verteilt werden.

Genosse Husemann

gab in wirkungsvoller Rede ein anschauliches Bild über die Entwicklung des großen Ringens an der Ruhr zwischen Kapital und Arbeit. Er zeigte, wie die Bergarbeiter all die Jahre über immer wieder in die Bresche sprangen, wenn es galt, durch Ueberarbeit die deutsche Wirtschaft in Gang zu halten oder den schweren außenpolitischen Verpflichtungen nachzukommen. Trotz allen guten Willens bei den Arbeitern habe Starrsinn und Herrschsucht bei den Grubenherren geherrscht. Kündigung des Manteltarifs im Augenblick der Verhandlungen. Schroffe Ablehnung der Lohnerhöhung und dabei welche Jammerlöhne im Bergbau bzw. welcher Skandal in der Lohnzahlung! Restbeträge vom April bis zu 20 Mark werden erst Ende Mai bezahlt! Das alles in einer Zeit, wo keine Spur von dem so oft versprochenen Preisabbau sich zeigte. Wo die Grubenherren keine Miene machen, endlich etwas gegen die technische Rückständigkeit im deutschen Bergbau zu tun, der heute noch kein wirklicher Großbetrieb, sondern nur ein großer Kleinbetrieb ist.

Keine Spur von psychologischem Verständnis

bei den Grubenherren für die schwere Lage der Bergleute. Kein Wunder, wenn der Kumpel heute sich sagt: Jetzt oder nie! Wir lassen uns nicht versklaven! Wir lassen uns den Achtstundentag über Tag und den Siebenstundentag unter Tag nicht rauben! Wir sind bereit, gegen menschenwürdigen Lohn zur Mehrarbeit, aber nicht bereit, unter dem Druck der Erpressung zu schuften. Die Aussperrung hat bis jetzt schon den ganzen Gewinn der Mehrarbeit von fünf Monaten zerstört. Der Arbeitswille hat einen bösen Stoß bekommen. Es ist deshalb die höchste Zeit, daß die Staats- und Reichsregierung den Wirtschaftskampf an der Ruhr beenden. Sonst wird er zur Freude der Kommunisten sich in einen politischen Kampf verwandeln, und was als moralische Kraftprobe zwischen Kapital und Arbeit begann, würde alsdann als Krawall unter den französischen Bajonetten enden. Es ist Zeit, daß gehandelt wird. (Beifall.)

Der **Zentrumsabgeordnete Steger** weist darauf hin, daß bei etwas gutem Willen bei den Arbeitgebern der Kampf hätte vermieden werden können. Allein die Grubenherren wollten grundsätzlich den Siebenstundentag unter Tage durch den Achtstundentag ersetzen. Sie wollen diktieren. Auf diese Weise kämen sie jedoch sicherlich nicht zu ihrem Ziele.

Handelsminister Siering

nahm dann zu den verschiedenen Angriffen gegen das Handelsministerium Stellung und schilderte seine Bemühungen um eine rasche Beilegung des großen Kampfes. Ich habe bisher, erklärte der Handelsminister, zweimal Gelegenheit gehabt, bei der Beratung des Bergetats auch zu der Frage der achtstündigen Arbeitszeit Stellung zu nehmen und möchte heute abermals zum Ausdruck bringen, daß ich nach wie vor die Auffassung vertrete, daß die in den Novembertagen 1918 festgesetzte Arbeitszeit die Arbeitszeit der Arbeiter in Deutschland sein muß. (Zurufe b. d. Komm.) Daß mit dieser Erklärung der achtstündigen Arbeitszeit für die Bergarbeiter unter Tage eine siebenstündige Arbeitszeit in Frage kommt, sollten Sie, meine Herren Kommunisten, auch wissen.

Die Angriffe gegen das Handelsministerium gehen in mehrfacher Hinsicht von falschen Voraussetzungen aus. Die Ursache des Konflikts liegt in den Micumverträgen. Wenn 27 Prozent der Ruhrförderung unentgeltlich an die Besatzungsmächte abgetreten werden müssen, wenn dazu noch zirka 12 Prozent Zechen-Selbstverbrauch kommen, so sind von der Gesamtförderung nur etwas mehr als 61 Prozent gegen Entgelt verkäuflich. Bei den preußischen Staatsgruben ist aus geologischen und anderen Gründen das Verhältnis noch etwas ungünstiger. Aus dem Erlös von 61 bis 65 Prozent der Förderung muß also die Befriedigung der gesamten Selbstkosten gesucht werden. Das wäre nur möglich, wenn der Ruhrbergbau und die Staatszechen den Preis der Kohle beliebig festsetzen könnten. Der Preis wird aber durch die Absatzmöglichkeit diktiert. Der Absatzradius der Ruhrkohle ist gegenüber der Zeit vor der Ruhrbesetzung aufs äußerste eingeschränkt, der Preis für die Ruhrkohle wesentlich über der Preishöhe aller anderen deutschen Bergreviere und höher als der Weltmarktpreis. Die Folge ist, daß sich die Fördermöglichkeit des Ruhrbergbaues überhaupt nicht auswirken kann, weil die durch den Micumvertrag bedingte Preishöhe den Absatz aufs stärkste abdrosselt. Unparteiische Bergbauleute schätzen den durch das Micumabkommen bedingten Förderausfall auf mehr als 50 000 Tonnen täglich. Das bedeutet einen Ausfall von mehr als 15 Millionen Tonnen im Jahre. — Der Minister gibt nun in anschaulicher Weise ein Bild über die besondere

Lage des preußischen Staatsbergbaues

und betont, daß die erforderlichen Zuschüsse so erheblich sind, daß der Finanzminister schon mehrfach Einspruch erhoben hat. Unter der Voraussetzung, betont der Handelsminister, daß das Reich spätestens in zwei bis drei Monaten die Zahlungen der Reparationslieferungen an die Staatsbergwerke wieder aufnimmt und daß der zurzeit ungünstige Kohlenabsatz sich allmählich bessert und die westfälischen Kohlenpreise, die augenblicklich über den englischen stehen, eine wesentliche Ermäßigung erfahren werden, wird die staatliche Bergwerksdirektion Recklinghausen in der Zeit vom November 1923 bis Ende 1924 einen Zuschuß von voraussichtlich 27,5 Millionen Mark, und, einschließlich der weiteren vom 1. Juni ab fällig werdenden Zinsen — jetzt müssen wir 22 Prozent Zinsen jährlich zahlen — einen Gesamtzuschuß von mehr als 30 Millionen Mark erfordern.

Nach diesen Hinweisen auf die Schwierigkeiten des Staatsbergbaues geht der Minister zur Schilderung des Wirtschaftskonflikts über. Er betont, daß die Kündigung des Manteltarifs durch den Zechenverband, bevor das Arbeitszeitabkommen gekündigt war, zweifellos taktisch unklug und sachlich nicht gerechtfertigt war. Die Behauptung der Arbeitnehmer, daß durch die Kündigung des Manteltarifs erst die **Kündigung des Arbeitszeitabkommens provoziert worden sei**, ist meines Wissens in den bisherigen Verhandlungen nicht plausibel genug begründet worden. Beide Parteien hatten seit der Erzwingung der Micumverträge schwer zu leiden. Um so notwendiger war es, daß die Arbeitgeber trotz aller Zwangslage die Gefühle, die Leiden und Stimmungen der Bergarbeitermasse bei ihrem taktischen Vorgehen berücksichtigten. Das ist nicht immer geschehen, und so entstand in den Bergarbeitermassen

eine gefährliche Hochspannung.

Am 3. Mai lag ein verbindlich erklärter Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers in der Mehrarbeitsfrage und in der Lohnfrage vor. Der preußische Handelsminister hat die amtliche Aufgabe, Schlichtungswesen, Arbeiterrecht und Tarifwesen im Gebiet des preußischen Staates zu betreuen. Ich frage, ob ich in dieser Eigenschaft mich am 5. Mai über die vom Reichsarbeitsminister am 3. Mai ausgesprochene Verbindlichkeitserklärung hinwegsetzen konnte. Ich behaupte nein. Ich hätte damit der Autorität des Schlichtungswesens einen tödlichen Stoß versetzt. (Zurufe b. d. Komm.) Ich betone: Der Kollektiv-Arbeitsvertrag, dessen rechtliche Fundamentierung nicht zuletzt im heute geltenden Schlichtungswesen ruht, ist doch zweifellos eine wertvolle Errungenschaft für den Arbeiter, wertvoller als für den Unternehmer. Am 5. Mai lagen für die Leitung des Staatsbergbaues zwei verbindlich erklärte Schiedssprüche vor, die für mich bindend sein mußten. Als am 6. Mai die Betriebsräte meinen Kommissar anriefen und anfragten, ob sie nicht sieben Stunden verfahren könnten, wurde ihnen die Frage vorgelegt, zu welchem Lohn ob die siebente Stunde gegen Siebenstundenlohn oder gegen den bisherigen Achtstundenlohn, zuzüglich der 15 Prozent aus dem verbindlich erklärten Schiedsspruch, arbeiten wollten. Der Betriebsrat verlangte das letztere. (Hört, hört!) Das war bei unseren bisherigen Zubußen

eine glatte Unmöglichkeit.

Wenn es endlich am 14. Mai zu einer Aussprache zwischen den Parteien und der Reichsregierung kam mit anschließenden Schlichtungsverhandlungen, so darf ich konstatieren, daß meine Kommissare das Ihrige dazu beigetragen und den entscheidenden Anstoß gegeben haben. Leider hat auch der am 15. Mai gefällte Schiedsspruch den Konflikt nicht beendet. Die preußische Staatsregierung wünscht aufs dringendste im Interesse der beteiligten Arbeiter und der deutschen Wirtschaft, daß der Streit unverzüglich beigelegt wird. Die preußische Staatsregierung hat ihre Dienste zur Vermittlung nicht versagt und erneut bei der Reichsregierung nachdrücklichst Vorstellungen erhoben, um nochmals Verhandlungen herbeizuführen. Die am Montag begonnenen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind in erster Linie auf die Initiative des preußischen Handelsministeriums zurückzuführen. (Beifall.)

Nach dem Handelsminister sprach sich dann der Redner der Deutschnationalen Abg. Martin dafür aus, daß es in dem Ringen an der Ruhr weder Sieger noch Besiegte gäbe. — Abg. Dr. Pinkerneil von der Deutschen Volkspartei, der so gut wie allein den Standpunkt der Grubenherren zu verteidigen suchte, betont, das Rechtsgutachten der fünf Professoren, zu denen auch Sinzheimer gehöre, spreche zugunsten der Auffassung der Unternehmer. — Der Kommunist **Sobottka** erklärte, es handle sich nicht so sehr um die 8-, als um die 8½stündige Schicht unter Tage, die erzwungen werden solle.

Genosse Limbertz

kritisierte nochmals die kurzsichtige Haltung des Unternehmertums und zitierte zu diesem Zweck auch eine interessante Stimme aus der „Franfurter Zeitung", die darauf hinweist, daß seit Abbruch des Ruhrkampfes die Grubenherren es an jeglichem Versuch zu einer Verständigung hätten fehlen lassen. Wir wissen, betonte er, wie von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde, der Groll in der Bergarbeiterschaft sich anhäufte. Die ältesten Bergleute erklären heute, lieber Gras fressen zu wollen, als nochmals ohne Sicherstellung ihrer Rechte in die Grube zu gehen. (Beifall links.)

Nach weiteren Ausführungen, die keine neuen Gesichtspunkte ergaben, schloß die Aussprache. Der sozialdemokratische Antrag wurde an den Hauptausschuß überwiesen, der Antrag der Kommunisten, der die sofortige Amtsenthebung des preußischen Handelsministers und des Reichsarbeitsministers forderte, wurde abgelehnt. Das Haus vertagte sich auf Dienstag 11 Uhr.

Schachts Währungspolitik.

Eine Rede des Reichsbankpräsidenten.

Hamburg, 26. Mai. (WTB.) Auf der gestrigen Tagung des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über die Währungspolitik. Ausgehend von der Stabilisierung der Währung, verbreitete sich Redner insbesondere über die heutige Politik der Reichsbank und erklärte, das Mittel der Inflation schwäche die Erenntnis der Lage, während das Mittel der Kreditdrosselung jeden einzelnen dazu bringe, die letzten Reserven, materiell und geistig, aus sich und seinen Hilfskräften herauszuholen. Was nun die Forderungen an die Reichsbank, Kredit zu geben, anbelange, so könne sie einerseits keine Rentenmark mehr ausgeben und müsse die bestehende Reserve von 300 Millionen erhalten, andererseits sei aber auch mit Rücksicht auf die vorhandene Golddeckung von ungefähr 450 Millionen Gold, deren Hälfte für die Einlösung der Dollarschätze reserviert bleiben müsse, das Maximum in der Papiergeldausgabe erreicht. Ebenso unmöglich sei aber auch eine Diskonterhöhung, ebenso unausführbar der Vorschlag, den Einheitskurs des Dollars in Berlin nicht so starr festzuhalten. Was nun die Auslandskredite betreffe, so sei zur Beruhigung des Auslandes und der ausländischen Kreditgeber, von denen Deutschland in den letzten Zeiten sehr viel Gutes erfahren habe, gesagt, solange sich die Kredite auf die anständigen deutschen Wirtschaftskreise erstreckten, könnten die Geber überzeugt sein, daß der deutsche Kaufmann keine Kredite in Anspruch nehmen werde, die er nicht zurückzuzahlen in der Lage sei.

Im übrigen seien kurzfristige Auslandskredite genug vorhanden, langfristige Investitionen aber werde Deutschland erst erhalten, wenn es auf Grund des Dawes-Gutachtens eine Stabilität in seiner Wirtschaft erzielt habe.

Auch der Landwirtschaft müßten wieder langfristige Kredite zugeführt werden, sie sollte deshalb bedenken, daß Deutschland im Falle einer Lösung der internationalen Schwierigkeiten voraussichtlich in der Lage sein werde, deutsche Agrarpfandbriefe in der Welt zum mindesten in ähnlicher Weise zu plazieren, wie früher Argentinien und Mexiko das getan haben. Für die Zwischenzeit gelte es, die Notverordnungen vom Juni 1923 so umzugestalten, daß ein großer Teil der neu heranwachsenden Sparkapitalien in erster Linie der Landwirtschaft zugeführt werde; er hoffe, daß die bevorstehenden Erhebungen eine Lösung bringen werden, die den unfruchtbaren kurzfristigen Agrarkredit in einen langfristigen zu ermäßigten Zinssätzen verwandele.

„Wir werden," schloß Dr. Schacht, „zu einem neuen Gedeihen unserer Wirtschaft nicht kommen, wenn wir nicht einen friedlichen Ausgleich mit den Wirtschaften anderer Völker finden.

Ich hoffe, daß die Einsicht in diesen internationalen Zusammenhang auf der anderen Seite stark genug ist, um uns einen Schritt in unseren Schwierigkeiten entgegenzukommen. Ich sehe einen solchen Schritt auch auf dem Gebiete der Kolonialpolitik; Deutschland darf nicht auf ewig von der Kolonialwirtschaft ausgesperrt werden, es würde eine Entlastung der internationalen Lage sein, wenn man Deutschland einen Auslaß in die Welt hinaus gibt. Ich glaube, daß der Kampf, den wir geführt haben, auch dem Ausland die Augen geöffnet hat. Wir sehen eine Stimmung in der Welt, beherrscht von dem Gedanken, los von dem internationalen Haß, zurück zur friedlichen internationalen Arbeit, zum Warenaustausch zwischen den Völkern, der nicht nur einem Lande, sondern allen Ländern und Völkern dient." (Lebhafter und anhaltender Beifall.)

Auf die Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht folgte ein Vortrag des Präsidenten der Oesterreichischen Bank, Ministers a. D. Reisch, über Oesterreichs Sanierung, und ein Referat des Präsidenten des Hansabundes, Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer, über das Thema „Wirtschaft und Sachverständigengutachten". **„Wir geben unser Ja zu diesem Gutachten,"** so schloß Dr. Fischer, **weil wir in ihm zum erstenmal den Versuch einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems erblicken, der trotz aller Bedenken in Einzelheiten ein Schritt zum Wege der Vernunft ist."** Die Tagung fand damit ihr Ende.

Deutschvölkische Sitzung.

Berlin, 25. Mai. Die deutschvölkische Reichstagsfraktion trat am Sonnabend zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Sie wählte v. Graefe als Vorsitzenden und die Abgg. **Feder** bezw. Graf v. Reventlow zu stellvertretenden Vorsitzenden. Herr Wulle mußte sich mit dem Amt eines Beisitzers zufrieden geben, während Henning Geschäftsführer der Fraktion wurde. Selbstverständlich gehört auch Ludendorff dem Vorstand, wenn auch ohne Amt an. Das erste Werk der Deutschvölkischen ist folgende Entschließung:

„Es ist der Wille der völkischen Führer General Ludendorff, Hitler und v. Graefe, daß alle ihre Anhänger im ganzen Reiche künftig nur noch eine einzige, gemeinsame politische Organisation bilden sollen und jegliche politischen Sonderorganisationen zu unterbleiben haben. Nähere Anweisungen werden folgen. Die von der Nationalistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschvölkischen Freiheitspartei und anderen befreundeten völkischen Vereinigungen gewählten Fraktion unter dem Namen „Nationalsozialistische Freiheitspartei" zu bilden und alle ihre Wähler aufzufordern, entsprechend der Anweisung der Führerschaft im Sinne der Schaffung der erstrebten einheitlichen Organisation zu arbeiten."

Neuer Reichstag und alte Regierung.

(Dieser Artikel wurde vor der Demission des Kabinetts geschrieben).

Obwohl Prophezeien immer ein gefährliches Handwerk bleibt, so läßt sich mit einiger Bestimmtheit doch schon folgendes voraussagen: Die Verhandlungen über den Bürgerblock werden scheitern, und am Tage nach Himmelfahrt wird sich die alte Regierung Marx, so wie sie ist und mit geringen Aenderungen, dem neuen Reichstag präsentieren.

Inzwischen ist viel kostbare Zeit vertan worden. Ihr Ertrag besteht darin, daß die Demaskierung der Deutschnationalen gelungen, ihre Opposition gegen das Sachverständigengutachten erschüttert ist. Sollten diese Roßtäuscher nach dem Scheitern der Verhandlungen, die sie mit unübertrefflicher Plumpheit geführt haben, mit großen Redensarten gegen die „Erfüllungspolitik" und das „zweite Versailles" kommen, so wird man ihnen unter dem Hohngelächter Deutschlands antworten können, daß ihre Führer bereit gewesen wären, dies alles zu schlucken, wenn man ihnen ihre nationale Grundsatztreue nur mit einer entsprechenden Zahl von Ministerportefeuilles abgekauft hätte.

Auf der anderen Seite aber haben die Mittelparteien sich selbst durch ihr Geschacher mit den Deutschnationalen kompromittiert und die Sache Deutschlands geschädigt. Keiner draußen in der Welt, der in den Kniffen und Stiften der deutschen Parlamentsintrigen nicht Bescheid weiß, konnte begreifen, daß die zur Regierung berufenen Parteien mit den Deutschnationalen überhaupt um die Regierungsbildung verhandeln konnten — und das in einer Zeit, in der in Frankreich ein gewaltiger Umschwung eingetreten ist und der kommende Nachfolger Poincarés, Herriot, die Versöhnung mit Deutschland als sein Programm verkündet.

Dazu kommt, daß die Regierung Marx — nach gescheiterten Verhandlungen über die Bildung einer anderen Regierung — so dastehen wird, als ob man sie nur aus Verlegenheit stehen gelassen hätte. Das kann ihrem innerpolitischen und ihrem außenpolitischen Kredit nicht eben förderlich sein.

Die Regierung Marx wird sehr große Aufgaben zu erfüllen haben. Ihr muß es zunächst gelingen, durch verdoppelte Entschlossenheit den üblen Eindruck der Verhandlungen mit den Deutschnationalen zu verwischen, das Sachverständigengutachten zur Durchführung zu bringen und zu den auf Verständigung gerichteten Bestrebungen der neuen französischen Regierung eine Haltung einzunehmen, die Deutschland wenigstens nicht vor den Augen der Welt offenbar ins Unrecht setzt.

Den Schutz der Republik wird sie sich um so mehr angelegen sein lassen müssen, als das Anschwellen der antirepublikanischen Bestrebungen immer stärker in Erscheinung tritt. Die Republik kann aber nur geschützt werden mit Hilfe der Arbeiter, die sie geschaffen haben, und diese notwendige Hilfe muß jede Regierung verlieren, die in zoll-, steuer- und sozialpolitischen Fragen eine arbeiterfeindliche Politik treibt. Die außenpolitisch unglückliche Regierung Fehrenbach hatte daher schon ihren guten Grund, seinerzeit gleich bei ihrem Amtsantritt zu erklären, daß sie nicht gegen die Arbeiter regieren wolle. Diese Erklärung zu wiederholen und ihre Aufrichtigkeit durch Taten zu beweisen, wird die Regierung Marx nicht weniger Grund haben.

Die Sozialdemokratische Partei war es, die durch ihre entschlossene Erklärung für die Annahme des Sachverständigengutachtens die Führung in der auswärtigen Politik übernommen hatte. Wie richtig ihre Stellungnahme war, hat seitdem jeder Tag mehr gezeigt. Selbst wenn man den sachlich unbegründeten Glauben hegt, durch ein langes Hin und Her von außenpolitischen Verhandlungen könnten die Lasten des Sachverständigengutachtens gemindert werden, so muß man doch zu der Erkenntnis kommen, daß Deutschland die Kraft zu solchen langwierigen diplomatischen Kämpfen heute nicht besitzt. Wenn die Sachverständigen mit einem ganz recht haben, so haben sie es damit, daß die Rentenmark nur eine sehr vorübergehende Lösung der deutschen Währungsfrage darstellt. Wird nicht rasch die definitive Lösung durch die neue Notenbank eingeleitet, der Kreditnot nicht abgeholfen, so gehen wir unvorstellbaren wirtschaftlichen Zuständen und ebenso unvorstellbaren politischen Folgen entgegen.

Die Durchführung des Sachverständigengutachtens muß erfolgen, und je rascher sie erfolgt, desto besser! Wer sie hinauszögert, wer ihr Hindernisse bereitet, begeht ein Verbrechen am deutschen Volke. Wird das rettende Ufer einer internationalen Verständigung über die Reparationen noch rechtzeitig erreicht, dann ist eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage zu erwarten, und dann wird auch die deutsche Arbeiterbewegung einen neuen gesunden Aufstieg nehmen können. Später, nach Jahren, mögen sich neue Schwierigkeiten ergeben, die in neuen Verhandlungen zu beseitigen sein werden. Jetzt ist durch Verhandlungen nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren!

Es ist unschwer vorauszusehen, daß auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diesen Gesichtspunkt als den leitenden anerkennen wird. Sie wird bereit sein, einer raschen, reibungslosen Durchführung der Sachverständigenvorschläge jede Hilfe zu leisten, weil sie weiß, daß durch die außenpolitische Beruhigung erst die Grundlage für alle weiteren Arbeiterforderungen geschaffen wird. Sie wird darüber hinaus ein wachsames Auge darauf haben müssen, jeden Angriff auf die bis zur Unerträglichkeit herabgedrückten Lebensverhältnisse der breiten Massen zu verhindern.

Schwere Kämpfe stehen bevor. Die Leidenschaften werden sich über jedes bisher gewohnte Maß hinaus erhitzen, und so wird fraglich, ob und wie lange dieser Reichstag arbeitsfähig bleiben wird. Es ist ihm zu wünschen, daß er so lange am Leben bleibt, bis die Massen des arbeitenden Volkes besser als am 4. Mai d. J. die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratischen Partei erkennen. Dieser Prozeß kann sich aber sehr rasch vollziehen, er ist jetzt schon im Gange. Darum soll keiner glauben, er sei durch die Wahlen vom 4. Mai in die Rolle des Zuschauers zurückgeworfen.

Jeder Tag braucht neue Kämpfer!

Tirpitz und Ludendorff.

München. Zu Pressemeldungen über eine Annäherung zwischen Tirpitz und Ludendorff schreibt der „Courier", das Organ Ludendorffs:

„Wir sind in der Lage, mitzuteilen, daß die Meldung in dieser Form nicht zutrifft. Zwischen General Ludendorff und Admiral v. Tirpitz fand eine einzige Besprechung vor den Reichstagswahlen statt. Diese Besprechung trug in der Hauptsache rein persönlichen Charakter. Ein neuerlicher Annäherungsversuch von seiten des Admirals v. Tirpitz hat nicht stattgefunden. General Ludendorff steht im übrigen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Voraussetzung für die Unterstützung der Deutschnationalen durch die Nationalsozialistische Frei-

heitspartei die grundsätzliche Ablehnung der Erfüllungspolitik und im übrigen besonders die Ablehnung des Sachverständigengutachtens bildet. Bei der seinerzeitigen Besprechung mit dem Großadmiral v. Tirpitz glaubte General Ludendorff bei Tirpitz die gleiche Auffassung feststellen zu können. Die Stellung der Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei im Reichstag zu einem Kabinett Tirpitz wird wesentlich davon abhängen, ob man mit der bisherigen deutschen Außenpolitik radikal zu brechen entschlossen ist oder nicht."

Die deutschnationale Antwort.

Berlin, 27. Mai. (WTB.-Drahtmeldung.) Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, der Deutschen Volkspartei deren Entschluß mitgeteilt, sich an der Regierungsbildung in der ihrer Fraktion entsprechenden Weise zu beteiligen. Die Antwort der Deutschnationalen Fraktion, die an die bereits erfolgte Nominierung des Großadmirals v. Tirpitz als geeignete Persönlichkeit für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung erinnert, enthält Vorschläge für eine Einigung zwischen den für eine Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien. Eine gewisse Kontinuität mit der abzutretenden Regierung soll gewahrt werden. Die Deutschnationale Fraktion darf aber den deutschen Unterhändlern nicht mit gebundenen Händen dem Auslande gegenüberstehen. (!!) Wie weiter verlautet, beantragt die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei die Stellung der Reichstagspräsidenten.

*

Nach unserer Auffassung ändert der deutschnationale Beschluß an der parlamentarischen Lage wenig oder nichts. Er ist zwar in der Form so gehalten, daß er weitere Verhandlungen über den Bürgerblock nicht ausschließt, inhaltlich aber enthält er dieselben Hindernisse, an denen bisher der Bürgerblock gescheitert ist. Es scheint auch, daß die Deutschnationalen die Demokraten nicht in der Koalation haben wollen.

Lokales und Allgemeines.

* Bielefeld, 27. Mai.

Unkontrollierbare Sammlungen.

gs. Nachdem nunmehr von den Gewerkschaften Sammlungen für einen Kampffonds (Bergarbeiter) eingeleitet ist und die Listen im Umlauf sind, finden sich wiederum Kreise bezw. Personen, die Sammlungen aus eigener Initiative in die Wege leiten, ohne einen Nachweis zu führen, wo die Erträge bleiben.

Ist es nicht ein Wahnsinn, wenn Kommunisten durch ihre Presse aufgefordert werden, nicht auf die von den Gewerkschaften herausgegebenen Listen zu zeichnen?

Vor uns liegt eine von vier politischen Klubs unterstempelte Liste, — Union der Hand- und Kopfarbeiter, — Schachtorganisation, — Syndikatslisten usw. —, jedoch ohne Unterschriften. Mit dieser Liste ziehen zwei „Kumpels" von Haus zu Haus, um im „Auftrage der Bergarbeiter" Gelder einzutreiben.

Wir warnen vor solchen Persönlichkeiten und bitten, nur auf die vom ADGB. und der Afa herausgegebenen Sammellisten zu zeichnen.

Sammellisten können in den einzelnen Bureaus der Gewerkschaften, dem Gewerkschaftssekretariat, Marktstr. 8, und im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten abgeholt werden.

Schnelle Hilfe ist dringend erforderlich.

*

Die noch im Umlauf befindlichen Sammellisten für die Bauarbeiter bitten wir unverzüglich an das Gewerkschaftssekretariat, Marktstr. 8, zurückzuschicken.

Bielefelder Teuerungszahlen von Januar bis Mai 1924.

Die Meßziffer versteht sich für Mann, Frau und drei Kinder im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren:

am	7. Januar	93,48 Mk.	am	17. März	92,72 Mk.
„	14. Januar	92,81 „	„	24. März	93,43 „
„	21. Januar	96,90 „	„	31. März	95,40 „
„	28. Januar	93,93 „	„	7. April	98,70 „
„	4. Februar	95,11 „	„	16. April	99,85 „
„	11. Februar	93,31 „	„	23. April	101,89 „
„	18. Februar	90,46 „	„	30. April	99,54 „
„	25. Februar	90,59 „	„	7. Mai	101,68 „
„	3. März	91,67 „	„	14. Mai	103,92 „
„	10. März	93,47 „	„	21. Mai	100,04 „

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau östliches Westfalen und lippische Freistaaten.

In der **Werbewoche** finden folgende Straßenkonzerte statt:

„Männerchor Ost", Dienstag abend 7 Uhr an der Petristraße, Turnhalle Bleichstraße und bei Hermelbracht, Sieker.

„Männerchor Echo", Dienstag abend 8 Uhr an der Bielsteinstraße.

„Volkschor Bielefeld", Abteilung Frauen, Dienstag abend 8 Uhr Ulmenstraße, gegenüber Ravensberger Straße.

„Volkschor Bielefeld", Abteilung Männer, Freitag abend 8 Uhr auf dem Schillerplatz.

„Männerchor Solidarität", Freitag abend 8 Uhr Häuserblock Konsumverein, Meller Straße.

„Männerchor Einigkeit", Freitag abend 8 Uhr auf der Blitzenburg, Gehrenberg und Stille Liebe.

„Männerchor Concordia von 1880", Freitag abend 8 Uhr an der Königsbrücke.

„Arbeitergesangverein Vorwärts", Dienstag, 3. Juni, abends 8 Uhr, im Botanischen Garten.

„Arbeitergesangverein Teutonia" und „Frauenchor Ost", Donnerstag, 5. Juni, abends 8 Uhr, auf dem Lindenplatz und an der Schillerstraße, Ecke Herforder Straße.

Die drei letztgenannten Vereine haben die Werbewoche ihres Konzerts wegen, das am Sonnabend, 31. Mai auf dem Johannisberge stattfindet, um eine Woche verschoben.

Aus der Handelskammer.

Der Haushaltsplan der Industrie- und Handelskammer für das Jahr 1924/25 wurde in deren Sitzung vom 16. Mai mit 73 827,50 Mark in Einnahme und Ausgabe genehmigt. Es wurde beschlossen, die Beiträge zunächst für das halbe Jahr vom 1. April bis 1. Oktober 1924 einzuziehen, und zwar sollen die Firmen, die ihre Einkommen- und Körperschaftssteuer-Vorauszahlungen monatlich leisten, 9 Proz. der im April für den Monat März geleisteten Einkommen- bzw. Körperschaftssteuer-Vorauszahlungen und die Firmen, welche die Vorauszahlungen vierteljährlich leisten, 3 Proz. der im April für das 1. Vierteljahr 1924 geleisteten Einkommensteuer-Vorauszahlungen als Handelskammerbeitrag zahlen. — Den Kammermitgliedern werden für die Teilnahme an Sitzungen der Kammer wieder wie vor dem Kriege feste Reisevergütungen gewährt, und zwar dieselben Sätze, wie sie im Frieden gezahlt worden sind. Hiernach erhalten die Mitglieder aus den Kreisen Herford, Halle und Wiedenbrück 5 Mk., die Mitglieder aus dem Kreise Lippstadt 15 Mk. und die Mitglieder aus dem Kreise Höxter 20 Mk. für jede Sitzung. Für Dienstreisen der Mitglieder und Syndici werden die Sätze wie folgt festgesetzt: Außer den Kosten für die Fahrkarte 2. Klasse und einer Entschädigung für An- und Abfahrt in Höhe von 6 Mk. wird ein Tagegeld von 40 Mk. vergütet. Nachprüfung des Tagegeldes bleibt nach Eintritt billigerer Verhältnisse vorbehalten. — Die Vollversammlung erklärt sich mit dem Vorschlage des Vorstandes, über das am 10. Mai gefeierte 75jährige Jubiläum der Kammer eine würdig ausgestattete Festschrift herstellen zu lassen und allen handelsgerichtlich eingetragenen Firmen zuzusenden, einverstanden. — Bezüglich der Webereilehrwerkstätte wurde beschlossen, den Gehaltsunterschied für den Webelehrer Müller in der bisherigen Weise weiter zu zahlen, weitere Zuschüsse jedoch einstweilen nicht zu leisten. Die Einziehung der Umlage für die Webeschule soll erst nach endgültiger Veranlagung der Gewerbesteuer erfolgen.

Syndikus Sartorius berichtete über die Verhandlungen betreffend die Gründung des Zweckverbandes „Vereinigung Niedersächsischer Industrie- und Handelskammern und Industrie- und Handelskammer Kassel" und über den Inhalt der vereinbarten Satzung. In der sich daran anschließenden Aussprache wurde von allen Seiten zum Ausdruck gebracht, daß unter allen Umständen verhütet werden müsse, daß die Kammer durch die Gründung des Zweckverbandes in ihrer Selbständigkeit irgendwie eingeschränkt und zu einer Zweigstelle des Zweckverbandes degradiert werde. Im übrigen wurde dem Anschluß der Kammer an den Zweckverband und dem Satzungsentwurf zugestimmt, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß an dem Inhalt der Satzung nichts geändert wird. Für den Fall, daß der Handelsminister eine andere Fassung der Satzung verlangen sollte, müßte sich die Kammer volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

Die Durchführung der Verordnung über die Goldmarkbilanzen wird bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften vermutlich manche Schwierigkeiten zur Folge haben. Um der Kaufmannschaft in solchen Fällen Rat und Hilfe zuteil werden lassen zu können, soll bei der Kammer eine Beratungs- und Schlichtungsstelle eingerichtet werden. Bankdirektor Richard Drenkmann erklärte sich auf Wunsch der Versammlung bereit, die Leitung dieser Stelle zu übernehmen. Etwaige Kosten sind von den Parteien zu tragen.

Nach einer Mitteilung des Deutschen Industrie- und Handelstages wird an amtlicher Stelle erwogen, den Veröffentlichungszwang für die diesjährigen Papiermarkabschlußbilanzen allgemein zu beseitigen. Der Industrie- und Handelstag hatte die Kammer gebeten, zu dieser Maßnahme Stellung zu nehmen. Der Vorstand der Kammer hat daraufhin mitgeteilt, daß dieser Absicht vorbehaltlos zugestimmt werden könne. Die Vollversammlung trat dieser Auffassung bei.

An der Anordnung des Reichsbankdirektoriums, wonach bei den einzelnen Reichsbankanstalten der 7. April nicht nur für die Höhe der insgesamt einzuräumenden Kredite maßgebend sein soll, sondern wonach auch für jede einzelne Firma ihr Wechselobligo an diesem Stichtage bestimmend ist, wurde scharfe Kritik geübt. Die Anlegung eines solchen Zufallsmaßstabes müsse zu den größten Ungerechtigkeiten führen. Es wurde beschlossen, das Reichsbankdirektorium dringend zu ersuchen, die getroffene Anordnung schleunigst rückgängig zu machen.

Der Bericht des Ersten Sachverständigen-Komitees der Reparationskommission enthält auf steuerlichem Gebiet eine Reihe von Vorschlägen, Anregungen und Empfehlungen, die für unsere jetzigen Verhältnisse zum Teil von sehr einschneidender Bedeutung sind. Den Deutsche Industrie- und Handelstag hat die Industrie- und Handelskammern gebeten, zu diesen Vorschlägen usw. Stellung zu nehmen. Die Kammer beschloß, diese Angelegenheit ihrem Steuerausschuß zu unterbreiten und ihm anheimzugeben, für diesen Zweck noch besonders Sachverständige hinzuzuziehen.

Aus Anlaß einer Entscheidung der bei dem Landgericht in Bielefeld bestehenden Kammer für Handelssachen über die Zulässigkeit des Firmenzusatzes „Werk" und „Werke" ist an die Industrie- und Handelskammer das Ersuchen gerichtet worden, gegen alle die Firmen, die sich dieses Zusatzes zu Unrecht bedienen, vorzugehen. Die Kammer hatte sich bereits vor Jahren mit dieser Angelegenheit befaßt und damals den Beschluß gefaßt, von einem Vorgehen gegen die mit einem derartigen Zusatz bereits eingetragenen Firmen abzusehen, dafür aber für die Folge in jedem Falle genau zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Bezeichnung „Werk" bzw. „Werke" gegeben sind. Es wurde beschlossen, an diesem Standpunkte auch jetzt noch festzuhalten, zumal auch anzunehmen ist, daß bei dem sich zurzeit vollziehenden Reinigungsprozeß unserer Wirtschaft von überflüssigen und nicht lebensfähigen Betrieben ein Teil der Firmen, die sich diesen Zusatz zu Unrecht beigelegt haben, verschwinden wird.

Von der Arbeitsgemeinschaft der Kohlenhändler des Regierungsbezirks Minden und beider Lippe ist die Kammer gebeten worden, sich dafür einzusetzen, daß die bezirkseingesessenen Firmen der Industrie nach Möglichkeit von dem Kohlenbezuge für ihre Belegschaftsmitglieder absehen möchten. Die Kammer ist der Ansicht, daß zum Bezuge von Gegenständen des täglichen Bedarfs, zu denen auch Kohlen zu zählen sind, keine Veranlassung vorliegt, so lange eine ausreichende Versorgung zu normalen Preisen durch den Handel gewährleistet ist. Diese Voraussetzung ist nach Auffassung der Kammer zurzeit zweifellos gegeben. Dementsprechend wurde beschlossen, den bezirkseingesessenen Firmen ausdrücklich zu empfehlen, von dem Warenbezuge für ihre Belegschaftsmitglieder Abstand zu nehmen.

Ausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus.

In der vorigen Woche war der Saal der ehemaligen Handelsfachschule an der Herforder Straße das Ziel eines großen Teiles der Bielefelder Schuljugend, die zur Betrachtung der Ausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus dorthin geführt wurde. Der leider für die Veranstaltung etwas zu kleine Raum war besonders in den Morgenstunden manchmal überfüllt. Den von sachkundigen Personen gegebenen Erläuterungen folgte die Jugend ersichtlich mit größtem Interesse. Haben doch die Schüler der oberen Klassen der Volksschulen und erst recht die höheren Schulen schon Gelegenheit genug gehabt, allerlei Alkoholwirkungen zu beobachten, auch wenn sie selbst nicht darunter zu leiden hatten. Da können manche Fragen, die aus solchen Beobachtungen auch der Jugend sich von selbst aufdrängen, bei Betrachtung der Ausstellung ihre Klärung finden.

Und es gibt allerlei Interessantes zu sehen, das dem jugendlichen Gemüte eine über den Augenblick hinaus nachwirkende Anregung und Belehrung gewährt und die Sicherheit der Lebensführung in späteren Jahren erleichtert. Außer den vielen statistischen Tafeln, die sich vor allem an die verstandesmäßige Auffassung und Verarbeitung seitens des Betrachters wenden, sind von Künstlerhand entworfene Bilder da, die auch der Schaulust Befriedigung gewähren.

Eine besondere Erwähnung verdient eine größere Anzahl von Plakattafeln amerikanischen Herkunft, die aus den Beständen hiesiger Alkoholgegner dem von Berlin gesandten Ausstellungsmaterial hinzugefügt sind. Man muß es den Amerikanern lassen, daß sie auf diesem Gebiet der Belehrung und Warnung, ähnlich wie auf dem der Reklame, es verstehen, durch packende und leicht verständliche bildliche Darstellungen die Aufmerksamkeit des Beschauers zu erregen und ihm den jedesmal aufzufassenden Gedanken mit unmerklichem Zwang aufzudrängen. Manche dieser amerikanischen Tafeln gründen sich, wie auf ihnen zu ersehen ist, auf die Ergebnisse deutscher Wissenschaft. Auch in Bezug auf die Alkoholfrage ist es so wie bei manchen anderen Vorgängen: die Deutschen haben dem Ausland, in diesem Falle den Amerikanern, ihre Forschungen übermittelt und die Amerikaner, als das Volk rücksichtsloser Energie, haben die praktischen Folgerungen für das Leben daraus gezogen. Jetzt ist es infolge des für uns so unglücklich verlaufenen Krieges so geworden, daß die Vorherrschaft nicht nur in der Technik und der Industrie, sondern auch in der Wissenschaft, besonders auch der experimentierenden Wissenschaft, immer mehr in die Hände der Amerikaner hinüberzugleiten droht.

Wie schwer sind doch die Aufgaben die sich vor unserem zusammengebrochenen Volke auftürmen! Von diesem Gesichtspunkte aus angesehen, bekommen alle Bestrebungen, die Volksgesundheit als die Grundlage aller Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu fördern, eine gegen früher ganz überragende Wichtigkeit. Und zu diesen Bestrebungen gehört auch die Bekämpfung und Aufklärung über den Alkoholismus. Erhaltung und Steigerung der Volkskraft bis zum höchstmöglichstem Maße, allgemein innegehaltene Nüchternheit und Einfachheit der Lebensführung sind zwingende Notwendigkeiten für das deutsche Volk, wenn es sich in dem unbarmherzigen wirtschaftlichen und kulturellen Wettkampfe der Völker behaupten will. Er geht weiter, auch wenn längst der letzte Soldat der feindlichen Besatzung den deutschen Boden verlassen haben sollte.

Viel zu wenig wird vom deutschen Volke der Artikel 163 der Verfassung gewürdigt, der zu Anfang lautet: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert." Welchen Unterschied in der Betätigung der geistigen und körperlichen Kräfte zwischen nüchternen und trinkenden, auch nur mäßig trinkenden Personen besteht, das kann man aus sehr schlagenden Tafeln der Ausstellung ersehen. Nach Maß und Zahl ist dieser Unterschied als das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung mit einwandfreien Methoden auf einen Blick zu überschauen.

Die Bielefelder Jugend wird sicherlich aus dem Ausstellungsraum nachhaltige Eindrücke hinaustragen. Sie wird, dank der verständnisvollen Bereitwilligkeit der Schulbehörden, pflichtmäßig hingeführt. Höchst wünschenswert ist aber, daß auch möglichst viel Erwachsene, die staatsbürgerliche Pflichten und Verantwortlichkeit für die Erhaltung der Volksgesundheit anerkennen, aus eigenem Antrieb sich Belehrung und Anregung zum Handeln in den Ausstellung holen. Für sie sind die an den Nachmittagen stattfindenden Vorträge besonders bestimmt. Ohne staatsbürgerliches Pflichtbewußtsein, ohne Verantwortlichkeitsgefühl auch für die Erhaltung der Volksgesundheit und ohne Opferwilligkeit kein Aufstieg, keine Befreiung!

Dr. N.

— **Gehalts- und Pensionszahlung.** Nach einer Verfügung des Reichsfinanzministeriums soll die Zahlung der Gehälter und Pensionen schon am 28. Mai erfolgen.

— **Städtisches Orchester.** Heute abend 8½ Uhr Konzert auf der „Bergluft".

— **Der Zirkus Blumenfeld** trifft mit Sonderzug heute nachmittag hier ein und wird sofort mit dem Entladen und dem Aufbau der Zeltanlagen beginnen. Die Eröffnungsvorstellung findet pünktlich am Mittwoch abend 7¾ Uhr statt.

— **Rauchverbot in den Wäldern!** Zur Vermeidung von Waldbränden wird aus Anlaß der jetzt eintretenden trockenen Witterung darauf hingewiesen, daß in der Zeit vom 1. März bis zum 1. Oktober das Rauchen von Tabak in Waldungen, auf Heiden und Torfmooren außerhalb von Kunststraßen verboten ist.

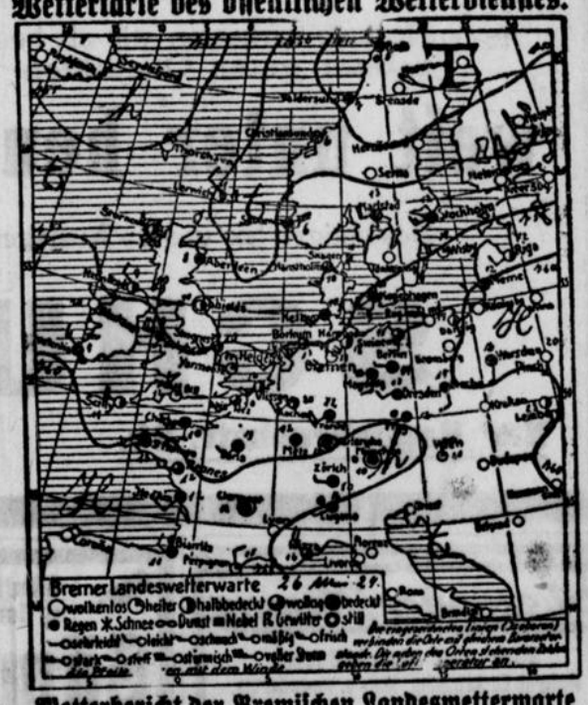
Heinrich Scholle †.

Ein langjähriger braver Parteigenosse, Heinrich Scholle in Lübbecke, ist gestern vormittag gestorben. Er war am 16. September 1875 geboren, erlernte das heimische Tabakhandwerk und war seit frühester Jugend für die Gewerkschaft und Partei tätig. Seit 1904 war er Vorsitzender der Partei in Lübbecke und der Führer und Dränger im politischen Kampfe. Ebenso lange war er im Konsumverein eifrig tätig. Auch war er Hauptgründer des Arbeitersekretariats. Den Wahlkampf hat er bis zum 3. Mai mitgeführt, an diesem Tage warf es ihn aufs Krankenlager. Zur Wahl ließ er sich noch geleiten, dann wars vorbei mit seiner Kraft. Er sollte nicht wieder gesunden und erlag nun einer Herzlähmung.

Die Beerdigung unseres vorbildlich tätigen Partei- und Gewerkschaftsgenossen findet am Donnerstag statt.

Steinhagen, 27. Mai. Die zu heute einberufene Gemeinderatssitzung wurde gestern mittag vom Gemeindevorsteher aufbestellt, weil ein einflußreiches bürgerl. Gemeinderatsmitglied nach Hamburg reisen mußte. Die Steinhäger begrüßen die zarte Rücksichtnahme, die die in Frage kommenden Stellen auf die privaten Interessen einzelner Gemeinderatsmitglieder nehmen. Hoffentlich tun sie das auch, wenn mal von den „Roten" einer schnell verreisen muß. Oder traut man den übrigen sechs Bürgerlichen nicht genug Festigkeit gegenüber den fünf Sozialdemokraten bei der Vorsteherwahl zu? —

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.



Wetterbericht der Bremischen Landeswetterwarte vom 26. Mai 1924.

Der kalte nördliche Luftstrom im Rücken des sich auffüllenden nordwesteuropäischen Tiefs hat das Vorrücken eines Hochdruckkeils bis nach Großbritannien begünstigt. Gleichzeitig sind die Temperaturen erheblich heruntergegangen. Der westeuropäische Hochdruckkern ist unverändert. Eine endgültige Wetterbesserung wird nicht eintreten, da weitere Fallgebiete von Grönland heranahen.

Vorhersage für den 27 Mai. Wechselnde Bewölkung, kühl, vereinzelt Regenschauer bei mäßigem, zeitweise böigem West bis Nordwest.

Vorhersage für den 28. Mai. Meist bewölkt, leichte Niederschläge, Temperatur wenig Aenderung bei mäßigen westlichen nach Südwest rückdrehenden Winden.

Vorhersage für den 29. Mai. Zunehmende Bewölkung und Niederschläge, etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft, Feuilleton und die unterhaltenden Beilagen, M. Nierich, für Lokales, Provinz, Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, Kommunales, Soziales, Gerichtliches, Sport, Vermischtes: A. Schädlich, für den geschäftlichen und Anzeigenteil: W. Landwehr, sämtlich in Bielefeld. Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht", A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Jeder kann heute wieder Mund und Zähne pflegen, denn der Preis der bewährten Zahnpasta
PEBECO
50 Pf. die große Tube beträgt bei unveränderter Güte 30 Pf. die kleine Tube

Billige Reklame-Preise!

Sommer-Kleider

Voile-Kleider	gemustert, mit Volant 12.50,	9.75
Voile-Kleider	weiss, hübsch garniert, mit Einsätzen oder Motiven 24.50,	19.75
Voile-Kleider	fesche Formen in farbig und gemustert . 36.00,	29.50
Voile-Kleider	elegant und vornehm, in allen Farben und gemustert 58.00, 49.00,	39.00
Voile-Kleider	weiss mit Handarbeit und echt Filet 88.00, 55.00,	45.00
Musseline-Kleider	aus Wasch-Musseline, mit und ohne Kragen 14.75,	9.75
Musseline-Kleider	aus Woll-Musseline, hübsche Dessins 39.00, 29.50,	19.50
Frotté-Kleider	in hübschen Streifen, hell und dunkel 29.50, 19.50,	12.50
Foulard-Kleider	aus Ia. reinseidenem Foulard, entzückend gearbeitet 88.00,	68.00

Sommer-Blusen

Voile-Blusen	weiß Voll-Voile, farbig umhäkelt	4.90
Voile-Blusen	weiß Voll-Voile, mit Jabot, Spitze, Motive 8.75,	7.50
Voile-Blusen	weiß, mit Doppel-Jabot 12.75,	10.50
Voile-Blusen	weiß, mit Jabot und breiter Spitze . . . 19.50,	17.50
Voile-Blusen	Handarbeit, vornehme Formen . . 39.00, 35.00,	29.00
Hemd-Blusen	weiß Panama	5.75
Hemd-Blusen	gestreift 7.50, 5.75, 3.90,	2.90
Wasch-Blusen	gemustert 3.90,	2.85

Kleider-Röcke

Frotté-Röcke	in schönen Streifen und einfarbig . . . 9.75,	7.90
Frotté-Röcke	Falten-Form, schöne Streifen 19.50,	12.75
Plissé-Röcke	reine Wolle und Halbwolle, in Streifen und Karos 19.75,	12.75

Franz Friedmann
Bielefeld
Das Haus der guten Qualitäten!

Windjacken
die grosse Mode
36.00 22.50 19.50 17.50

41.08

Wir brauchen Geld!

Deshalb verkaufen wir ab heute sämtliche Schuhwaren in unseren bekannt guten Qualitäten und erstklassigen Ausführungen

weit unter heutigem Tagespreis.

Besichtigen Sie unsere Auslagen u. Lager ohne jeglichen Kaufzwang!

SCHUHHOF

Nur Hagenbruchstr. 2b. **Nur Hagenbruchstr. 2b.**

4095

Korsetts
nach Maß,
Stoffe können auch dazu gegeb. werden.
Spezial-Korsetthaus
Geschw. Salomon,
Tel. 2241. Rathausstr. 12.

Herren-, Burschen- und Sport-Anzüge, Joppen, Hosen
Etagengeschäft
E. Feerc..,
Gütersloh,
Berliner Straße 51.

Die **Beleidigung**, die wir gegen Herrn Pape begangen haben sollen, ist irrig und falsch. Da aber von feindlicher Seite durch eine ganz jugendl. Person mit Hilfe der Mutter die Beleidigung bezeugt ist, so wollen wir zur Befriedigung die Beleidigung dem Mann gegenüber der Form nach zurücknehmen. Derselbe wird auch sonst ein recht ehrlicher Mann sein. 2418b

Stiegehorst, 26. 5. 1924.
H. Götting und Frau.

Nachruf.

Am Freitag, den 23. Mai 1924, verschied nach langem, schwerem Leiden unsere Mitarbeiterin

Else Figge

im Alter von 25 Jahren.

Ihr Andenken werden in Ehren halten

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Wittkop & Co.
Abteilungen 2419b
Näherei, Zuschneiderei.

Beileidskarten sind vorrätig in der **Buchhandlung Volkswacht.**

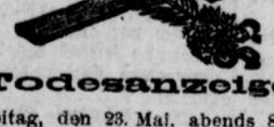
Alexander Kempe
Volle- und Sport-Blusen,
Moderne Rockstreifen, hell- u. dunkelfarbig.

Raupenplagen, Ungeziefer-plagen
bekämpfen Sie sicher und radikal ohne Ihre Pflanzen zu beschädigen durch
Groll's Schädlingsbekämpfungsmittel.
Ratschläge erteilen die Gärtner u. wir bereitwilligst.
Groll & Holler, Inh. Fr. Holler
Pflanzenschutzmittelfabrik 4105
Bielefeld, Grabenstrasse 23.

Heiraten ist bedeutend erleichtert!
Brautschleier Ia. merc. Tüll 150 cm Mk. 1.70
Brautschleier Seidentüll 200 „ „ „ 4.70
Abgepaßte Brautschleier 4101
mit Wellenkante
150/200 cm 180/200 cm
Ia. merc. Tüll Mk. 3.35 Mk. 3.60
Seidentüll . Mk. 5.15 Mk. 6.65
mit schönen Ecken
150/200 cm 180/200 cm
Ia. merc. Tüll Mk. 3.70 Mk. 3.95
Seidentüll . Mk. 5.50 Mk. 7.25
Modehaus Carl Hartmann, Obernstr. 16.

Sämtliche Gemüse- u. landwirtschaftl.
Sämereien
sortenecht und höchstkeimfähig.
Blumensamen 3506
Karl Klussmann
Spezial-Saatgeschäft
Arndtstraße 9 Telefon 1242

Verkaufe auf dem Bielefelder Wochenmarkt
Ia. Käse
fetter Edamer . . . Pfund 75 Pfg.
„ Holländer . . Pfund 75 Pfg.
Limburger das Stück ca. ¾ Pfd. 25 Pfg.
4089
H. BLUM
Köln Lübbecke
Wiederverkäufer wollen sich direkt nach Lübbecke wenden.



Todesanzeige.

Am Freitag, den 23. Mai, abends 8½ Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden unsere liebe, unvergessliche Tochter, Schwester, Schwägerin, Enkelin und Nichte, meine liebe Braut 24035

Else Figge

im Alter von 25 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Familie Wilhelm Figge
Peter Schöner als Bräutigam.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Sonnefriedhofes aus statt. Vorfeier daselbst 2.40 Uhr.

Am Freitag verschied nach langem, schwerem Leiden unsere Kollegin 24206

Else Figge

im 25. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!

Ortsverwaltung der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller Bielefeld.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen erwiesen wurden, sagen wir allen, auch Herrn Pastor Wilhelm für seine trostreichen Worte unsern

innigsten Dank.

Wwe. Wilhelmine Johannpeter
geb. Maßmann
und Kinder. 2415b

ise!
en
. . . . . 4.90
tive 8.75, 7.50
. . 12.75, 10.50
. . 19.50, 17.50
00, 35.00, 29.00
. . . . . 5.75
.75, 3.90, 2.90
. . 3.90, 2.85
acken
Mode
19.50 17.50
41 08
Nachruf.
itag, den 23. Mai 1924,
nach langem, schwerem
sere Mitarbeiterin
e Figge
von 25 Jahren.
denken werden in Ehren
Die
innen und Arbeiter
na Wittkop & Co.
Abteilungen 2419b
rei. Zuschneiderei.
Freitag verschied nach
hwerem Leiden unsere
24205
e Figge
bensjahre.
ihrem Andenken!
altung der Sattler,
r- und Portefeuiller
Bielefeld.
Statt Karten.
elen Beweise herzlicher Teil-
s beim Hinscheiden unseres
lafenen erwiesen wurden,
n, auch Herrn Pastor Will-
e trostreichen Worte unsern
ften Dank.
lhelmine Johannpeter
b. Maßmann
und Kinder. 2415b

Die Tragödie eines Kommunisten.

Der Selbstmord Lutowinows.

Ein Moskauer Telegramm meldete kürzlich, daß einer der führenden russischen Sowjetpolitiker, das Vorstandsmitglied des Zentralexekutivkomitees des Sowjetbundes und des Zentralrats der Gewerkschaften, Jurij Lutowinow, Selbstmord begangen hat.

Wer die russische Revolution begreifen, ihre Erfolge und Niederlagen, ihre Utopien und Rückschläge verstehen will, wird durch den tragischen Tod Lutowinows zu neuen Erkenntnissen geführt. Dieser bolschewistische Arbeiter, der den Weg von der Drehbank in der Fabrik bis zu den höchsten Staatsämtern durchschritten hatte, schoß sich eine Kugel durch den Kopf, als er erkannte, daß der von den Kommunisten geschaffene neue Kapitalismus die ungeheuerlichsten Widersprüche erzeugte und daß die in dem armen, hungernden Rußland herrschende terroristische Diktatur nur einen neuen Zustand der Barbarei ins Leben rief.

Lutowinow war ein ehrlicher, aufrichtiger sensibler Mensch, einer von jenen, die nicht nur mit ihrem Gehirn, sondern mit ihrem Herzblut bei der Sache sind. Keine Führernatur, aber ein talentvoller Vertreter der Arbeitermasse, kein Politiker, aber ein getreues Echo Hunderttausender von Proletariern.

Anfangs war er ein begeisterter Anhänger der sofortigen Verwirklichung des Kommunismus. Deshalb nahm er leidenschaftlichen Anteil an dem bolschewistischen Novemberumsturz des Jahres 1917. Aber die „neue soziale Ordnung" schuf sehr bald unerwartete Situationen. In der herrschenden Kommunistischen Partei setzt eine soziale Differenzierung ein, die Gegensätze zwischen den oberen und unteren Schichten verschärfen sich, jede Selbsttätigkeit der Arbeitermasse wird unterdrückt, die militärischen Methoden werden aus der Armee in die Betriebe hineingetragen. Lutowinow schließt sich der Gruppe der „Arbeiteropposition" an, die den Kampf gegen Lenin und das Zentralkomitee aufnimmt. Er führt einen hartnäckigen Kampf innerhalb der Partei und wird deshalb allen möglichen Repressionen ausgesetzt. Sein Kampf endet schließlich mit seiner Verbannung für ein Jahr nach dem Ausland.

Lenin kapituliert vor dem Kapitalismus und führt die „Neue Wirtschaftspolitik" ein. Der freie Handel und das einsetzende Bacchanal der Spekulation schiebt die neue Bourgeoisie in den Vordergrund. Der Bürger atmet auf, der Bauer verbessert seine Wirtschaftslage, selbst die Arbeiterlöhne beginnen sich ein wenig zu heben. Aber für den sensiblen Lutowinow beginnt hier eine neue Periode des inneren Kampfes und der Selbstquälerei. War nicht der ganze Kommunismus eine trügerische Utopie, wenn er nach Eroberung der politischen Macht das wirtschaftliche System des Kapitalismus fördern muß? Lohnte es sich für die kleinen Ansätze des Sozialismus, die erhalten blieben, einen so hohen Preis zu zahlen, der vor allem von der russischen Arbeiterklasse getragen wurde?

Lutowinow quälte sich unter allen diesen Widersprüchen. Seine ganze Charakteranlage trieb ihn zu neuen Kämpfen vorwärts, aber er vermochte nicht mehr zu unterscheiden, welchen Weg er einschlagen sollte. Er war natürlich kein Anhänger der parlamentarischen Demokratie. Aber die Diktatur . . . sie wäre gut gewesen, wenn sie wirklich zum Kommunismus führte, aber welchen Zweck hatte sie, wenn unter ihrer Herrschaft mit Wissen und Willen der kommunistischen Regierung die Ausbeutung der Arbeiterklasse gefördert wurde! Und er selbst, als Mitglied dieser Regierung, nahm Anteil an dem Aufbau der neuen Ordnung, die von allen kapitalistischen Elementen des nachrevolutionären Rußlands gutgeheißen wurde.

Die selbstzufriedenen Sinowjews, die grundsatzlosen Radeks, Hunderte von Bureaukraten aus den Reihen der ehemaligen Revolutionäre, die gesättigt und verspießert auf ihren Posten sitzen, nehmen diese Entwicklung als etwas Naturnotwendiges hin. Lutowinow jedoch fühlte sich außerstande, so weiter zu vegetieren. Er suchte nach einer neuen klaren Idee. Aber trotz jahrelangen Suchens fand er keine Antwort. Es häuften sich vielmehr immer größere Widersprüche an, die er nicht zu lösen vermochte. Unter dem Druck dieser nicht gelösten Widersprüche schied er freiwillig aus dem Leben.

* * *

Der Selbstmord Lutowinows war ein Schlag ins Gesicht seiner Genossen und Kollegen, denn sie sind schuld an seinem Tode. Und noch ein zweites: Lutowinow steht nicht allein: Hinter ihm stehen viele Tausende kommunistischer Arbeiter.

Hören wir die offiziellen Reden, die an seinem Grabe gehalten wurden. Sonderbare Reden, alle von demselben Leitmotiv durchdrungen:

„Wir müssen — erklärte Trotzki — allen Arbeitern, allen Mitgliedern der Partei und insbesondere unserer Jugend sagen, daß niemand dem Beispiel Lotowinows folgen darf. Niemand von uns hat das Recht, selbst unter den schwersten Bedingungen, freiwillig seinen Posten zu verlassen."

„Der Ausweg Lutowinows — erklärte Bucharin — ist kein Ausweg für einen Kommunisten!"

„Wir dürfen — erklärte der neue Premierminister Rykow — dem Beispiel Jurij Lutowinows nicht folgen."

In allen diesen Reden herrscht dasselbe Motiv, dieselbe Unruhe vor. Die Redner haben recht. Wenn Selbstmorde, die unter den obwaltenden Verhältnissen unter den besten Elementen des Kommunismus epidemisch zu werden drohen, trotz allem nur einzelne treffen dürften, so besteht für die Kommunistische Partei und die Diktatur eine weit größere Gefahr. Während Lutowinow seinem Leben durch einen Revolverschuß ein Ende macht, trennen sich Hunderte kommunistischer Arbeiter geistig und seelisch von der Politik des Kommunismus. Die Mitgliederzahlen vermögen niemand darüber hinwegzutäuschen. Wesentlich ist, daß Aktivität und Heroismus sterben und daß mit ihnen das Fundament des russischen Kommunismus zusammenbricht.

Diese Perspektive zeichnet sich vor den Augen Trotzkis, Bucharins und Rykows ab. Sie erkennen die furchtbare Bedeutung dieses Vorganges und flehen deshalb ihre Gemeinde an: „Folgt dem Beispiel Lutowinows nicht, laßt uns nicht im Stich!" Aber sie vermögen ihre eigene Verantwortlichkeit nicht zu erkennen. Denn sie, die Führer, sind verpflichtet, jene neuen Wege zu weisen, die Tausende anderer Lutowinows vor physischem oder geistigem Selbstmord, vor neuen Enttäuschungen und vor endgültigen Niederlagen bewahren könnten. Sie, die Führer, müßten den Weg zu den Grundsätzen und zu der Praxis der alten Sozialdemokratie finden, die allein imstande ist, das Pathos des Kampfes und den Idealismus der Ziele mit einer realistischen Taktik zu vereinigen und die Arbeiterbewegung vor Niedergang und Verfall zu bewahren.

Aber die kommunistischen Führer wollen und können diese Schlußfolgerung nicht ziehen.

Nachrufe für Lutowinow.

Moskau. Der Selbstmord Lutowinows, dem als einem der Mitglieder des Zentralexekutivkomitees des Sowjetbundes ein feierliches Begräbnis unter Teilnahme aller führenden Sowjetpolitiker bereitet wurde, hat in den ihm gewidmeten ehrenvollen Nachrufen doch eine gewisse Kritik erfahren. U. a. deutete Radek in einem Nekrolog an, daß Lutowinow unter der Bureaukratisierung des Sowjetsystems, der Langsamkeit des Sanierungsprozesses in Rußland und der andauernden Ungleichheit der materiellen Lage der einzelnen Parteimitglieder mehr als andere gelitten habe.

Nachwahl in Glasgow.

Konservativer Erfolg dank kommunistischer Arbeiterkandidatur.

London, 25. Mai. (WTB.) Bei der Ersatzwahl im Kreise Kelvingrove (Glasgow) wurde der konservative Kandidat mit 15 488 Stimmen gewählt. Der Arbeiterkandidat erhielt 11 167, der Liberale 1372 Stimmen. Der Wahlkreis war vorher in den Händen der Konservativen, doch hat sich deren Mehrheit gegenüber der Arbeiterpartei vervierfacht, während die Liberalen 8290 Stimmen weniger erhielten als bei der allgemeinen Wahl.

Der Kandidat der Arbeiterpartei in diesem Wahlkreis war ein Kommunist. Die britischen Kommunisten gehören der Arbeiterpartei noch an und wollen sie von innen heraus erobern. Wie wenig das Entgegenkommen der Arbeiterpartei an die Kommunisten bei dieser Kandidatenaufstellung der Arbeitersache genützt hat, das zeigt der Umstand, daß die Mehrheit der Konservativen sich vervierfacht hat.

Polens Außenpolitik.

Besorgnis wegen des deutschen Wahlausfalls.

Warschau. (Eigene Meldung.) In seinem Exposé erklärte Außenminister Graf Zamoyski, die Verschiebung der innerpolitischen Lage in Frankreich würde das französisch-polnische Bündnis unberührt lassen. Dagegen sei das Ergebnis der Wahlen in Deutschland für Polen besorgniserregend. Polen wünsche ein gutes Einvernehmen mit Deutschland auf der Grundlage einer definitiven Konsolidierung der europäischen Verhältnisse. Ebenso wünsche es ein friedliches Nebeneinanderleben mit Sowjetrußland, könne aber seine Einmischung in Polens inneren Verhältnisse nicht dulden. Die amerikanische Einwanderungsbill verschließe die Tore Amerikas auch dem polnischen Element. Polen werde gezwungen sein, seinen Export erheblich zu vermehren und neue Absatzmärkte, besonders im fernen Osten, zu suchen. Hierbei werde seine neue Tarifpolitik eine erhebliche Rolle spielen.

Warschau. In der dreistündigen Rede des Außenministers Graf Zamoyski heißt es u. a.: Die deutschen Wahlen zeugten davon, daß in Deutschland weiter das Bestreben bestehe, der Ordnung der Dinge, die in den großen Friedensverträgen festgelegt worden seien, wieder entgegenzutreten. Die ganze Welt müsse mit Unruhe die

ungeschwächten Revancheiendenzen Deutschlands

verfolgen. Diese Bestrebungen riefen in Deutschland selbst einen Zustand großer wirtschaftlicher und politischer Unruhe hervor, und seine Verlängerung liege nicht im Interesse des deutschen Volkes. Polen warte mit Ungeduld auf den Moment, in dem die einmütige Aktion der verbündeten Mächte Deutschland davon überzeugen werde, daß seine Rechnung auf ein Umstoßen aller internationalen Verträge trügerisch gewesen sei. Dann werde auch die Zeit kommen, wo zwischen Deutschland und Polen normale gutnachbarliche Beziehungen herrschen würden.

Um Preußens Zukunft.

Ordnungsstaat oder Diktatur der Straße?

Der preußische Innenminister hat für die Handhabung des Ausnahmezustandes neue Richtlinien herausgegeben, in denen bestimmt wird, daß völlig unpolitische Vereine von dem Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel ausgenommen werden können. Es ist zu begrüßen, daß das Innenministerium sich bemüht, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf ein Mindestmaß zurückzuführen, jedoch wird man erwarten müssen, daß jedem Mißbrauch dieses Entgegenkommens um so unerbittlicher entgegengetreten wird.

Es war vorauszusehen, daß die extremen Flügelparteien, deren Verhalten die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes notwendig macht, auch diese Regelung für ihre Volksverhetzung ausnutzen würden. Die Gründe, die sie gegen die Verordnung ins Feld führen, verraten nur zu deutlich, daß es ihnen lediglich darauf ankommt, Krakeel zu schlagen, und damit beweisen sie von neuem, wie notwendig es ist, die Straße vor dem Mißbrauch der Freiheit der Straße zu schützen.

Der jetzt verbotene Ersatz der „Roten Fahne", versucht der Oeffentlichkeit vorzuspiegeln, die Verordnung bedeute einen Reinfall des Innenministers, der nunmehr allen Wünschen der Deutschnationalen Rechnung trage.

Die „Kreuzzeitung" in Berlin sagt über den Erlaß des Innenministers dagegen:

„Das Benehmen des preußischen Innenministers wird allmählich staatsgefährlich, weil es Erbitterung schafft und aufreizt ohne jeden sichtbaren Grund. Wie kann sich ein Volk die Brüskierung seiner heiligsten und innerlichsten Gefühle, wie die Ehrung seiner Gefallenen in schlichter, angemessener Form, auf die Dauer gefallen lassen, ohne aufzubegehren? — Wir legen diese Frage Herrn Severing vor und machen ihn darauf aufmerksam, daß er eine Saat sät, die, wenn sie aufgehen sollte, nur ihn und sonst niemand zum Sämann hat. Wohl selten hat ein Mann die Stirn gehabt, sich ohne Scheu um die auch noch nachwirkenden Folgen mit jedem Tag unmöglicher und unerträglicher zu machen."

Auf der einen Seite wird dem Innenminister also vorgeworfen, er habe vor den Deutschnationalen kapituliert, auf der anderen Seite heißt es, er provoziere die Deutschnationalen. Einig sind sich Deutschnationale und Kommunisten nur in ihrer maßlosen Hetze zum Bürgerkrieg, die sich bei der „Kreuzzeitung" bis zu einer nicht mißzuverstehenden Drohung an den Innenminister steigert. Grund genug, um nach beiden Seiten fest zuzupacken!

Bei den Deutschnationalen ist das Bedürfnis nach Ministersesseln so groß geworden, daß sie selbst vor dem Terror nicht zurückschrecken, um zum Ziel zu kommen. Es ist nur zu durchsichtig, wenn die „Kreuzzeitung" ihre unverschämte Drohung mit den Worten schließt:

„Vielleicht unterhalten sich die bürgerlichen Parteien endlich auch einmal über Preußen, wenn sie morgen Grundlagen für eine gesunde Zukunftspolitik schaffen wollen. Denn Preußen gehört nicht nur zum Reiche, sondern das Reich ist ohne Preußen nicht denkbar."

Man kann es den „bürgerlichen Parteien" überlassen, sich mit dieser Kreuzung von Bettler- und Wegelagerertaktik auseinanderzusetzten.

Der Skandal der Landesverratsprozesse.

Zum Gutachten des Reichswehrministeriums.

Der „Vorwärts" schreibt: Das Gutachten des Reichswehrministeriums, das als Stütze für das Landesverratsverfahren gegen Dr. Zeigner wie für ähnliche Verfahren dient, ist eine Bedrohung der republikanischen Verfassung, ein Schutz für verfassungs- und staatsfeindliche rechtsradikale Organisatoren.

Es gibt bewaffnete rechtsradikale Organisationen in Deutschland, die die Reichsregierung stürzen und die Verfassung außer Kraft setzen wollen. Das ist gerichtsnotorisch — der Münchener Hochverratsprozeß hat diese Tatsache bestätigt. Gegen dies Treiben hat Dr. Zeigner in seiner Landtagsrede, die unter Anklage gestellt werden soll, angekämpft, nachdem er vorher versucht hat, ohne Inanspruchnahme der Oeffentlichkeit die Reichsregierung zu energischem Einschreiten zu veranlassen. Soll die öffentliche Diskussion und Kritik unzulässig und strafbar sein, wo es sich um eine Grundfrage unseres Staats- und Verfassungslebens handelt? Das Gutachten des Reichswehrministeriums will schlechthin jede öffentliche Diskussion über die rechtsradikalen hochverräterischen Bestrebungen unterbinden.

Sieht man nicht die Größe des politischen Skandals? Ein Ministerpräsident beantwortet im Landtage eine Interpellation, und man macht ihm deswegen den Prozeß. Kann man den Ge-

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Linnankoski.

6 [Nachdruck verboten.]

Uutela kam fast die Angst — dort lag ja irgendwo Maijas Grab. Wie wenn dort in der Ecke, unter der großen Espe, ein armer Verwandter geruht hätte, von dem man nicht gern sprach.

„Wollen wir nicht in die Kirche gehen?" rief er seiner Braut nach. — „Sie sollen's ja nicht gern hören, daß man sie an frühere Frauen erinnert," verteidigte er sich in Gedanken. „Und was haben wir eigentlich mit den Toten zu tun!"

Sie gingen geradeswegs in die Kirche, ohne weiter nach den seitwärts stehenden Kreuzen zu sehen.

*

Die Kirche war fast schon zur Hälfte besetzt, als sie durch die Tür des Hauptganges eintraten.

Aber die Braut begann gleich bei der Tür nach rechts und links zu blicken.

„Wollen wir nicht hier bleiben?" flüsterte sie. „Von hier sieht man so gut."

Uutela hielt an und sah ihr wie prüfend ins Gesicht. Doch dann lächelte er wieder mit seinem stillen Lächeln.

„Nicht doch, wir gehen näher an den Altar," sagte er. — „Nun, das ist ja kein übermäßiges Wunder — man muß die jungen Menschen verstehen," beruhigte er sich.

Dies war für Uutela der allerfeierlichste Augenblick in seinem Leben, als er so mit seiner jungen Braut unter den Blicken aller Leute durch die Kirche schritt. Er ging mit langsamen, sicheren Schritten neben seiner heftig errötenden Braut her, grüßte sogar einige gute Bekannte mit einem Blick, da ein Kopfnicken hier nicht am Platze war.

Sie setzten sich in der Nähe des Altars nieder — Uutela rechts, seine Braut links von dem Gang.

*

Der Gottesdienst hatte angefangen.

Uutela vermochte jedoch nicht besonders aufmerksam zu folgen; es hatte ihn ein anderer Gedanke erfüllt. Er hatte, so lange der Pfarrer noch nicht erschienen war, das Altarbild betrachtet, und da war ihm eine neue Erleuchtung durch die Seele gegangen.

Das Bild stellte Maria und Joseph mit dem Jesuskind dar. Uutela war ein mäßiger Bibelkenner, aber irgendein Begebnis aus ihrem Leben mochte dies sein.

Maria war schön in ihrer jugendlichen Blüte — Uutela schien es, als gleiche ihr Antlitz sehr demjenigen Mantas, obwohl es natürlich schöner war, da sie die Mutter Gottes gewesen. Aber das war hier nicht das merkwürdigste, sondern — Joseph. Wie er erst jetzt bemerkte, daß Joseph ja ein alter Mann war, mindestens ein Sechziger, wenn nicht gar ein Siebziger! Und sein Scheitel auch schon ganz kahl! Er konnte nicht anders, er mußte vergleichen — er selbst hatte noch sein volles kräftiges Haar, und auch sonst sah er auf keinen Fall so alt aus.

Alles dies berührte ihn so eigentümlich, daß er einen leisen Schauer in seinem Körper fühlte, während er bedachte, was eben in dem Gang geschehen war, als seine Braut sich fast weigern wollte, neben ihm durch die Kirche zu schreiten. Man sah ganz deutlich, daß Maria auf dem Gemälde dort mit der einen Hälfte ihres Gesichts Joseph lieblich zulächelte, wenn sie auch vor allem das Kind anblickte.

Er hätte diesen Gedanken gern auch in seiner Braut erweckt, sie aufgefordert, ebenfalls das Bild anzusehen. Doch sie saßen getrennt.

Uutela warf einen Blick über den Gang.

„Ganz richtig, da sieht sie schon hin!" jubelte er. „Zuerst natürlich nach der Maria — nun, gut so, ihn wirst du dann auch schon bemerken."

„Sie wurde gewahr, wie Uutela sie unverwandt ansah, ward rot im Gesicht und senkte den Kopf tiefer.

„Jetzt hat sie's verstanden und schämt sich," dachte er, sich wieder dem Gemälde zukehrend.

Die Geschichte von Maria und Joseph erschien ihm jetzt in einer ganz neuen Beleuchtung. Er dachte während der ganzen Predigt darüber nach. Wie Joseph in Nazareth gearbeitet und Häuser gebaut haben mochte — ob sie wohl auch in die Kirche gegangen waren? Natürlich!

Nur während der Aufgebote dachte er an anderes. Er saß gerade und würdevoll da und verspürte die Blicke der Leute in seinem Rücken. Und es deuchte ihn, als lese der Probst mit besonders nachdrücklicher Stimme: Hofbesitzerstochter, Jungfrau Manta Kustaas Tochter.

Indem er sich beim apostolischen Segen niederbeugte, betete er, es möchte zwischen ihnen ähnlich werden wie zwischen Maria und Joseph — wie es sich ihm heute in neuem Lichte aufgeklärt hatte.

*

Nach der Kirche hatten alle Eile. Einige kauften sich noch Weißbrote, andere sagten sich Lebewohl, die Pferde scharrten ungeduldig mit den Hufen, während man auf den Wagen stieg.

Uutela war einer der ersten, die abfuhren. Er sah und hörte nicht viel hin. Es erfüllte ihn nur jener eine Gedanke, die Zufriedenheit darüber, daß ihr Kirchgang einen solchen Inhalt empfangen hatte.

Als das Pferd bei der ersten Steigung langsamer ausschritt, drängte es ihn, der Sicherheit halber doch zu fragen:

„Nun, wie hat dir das Bild gefallen — war es nicht schön?"

Die Braut schrak auf, ohne zu verstehen, was er meinte.

„Gewiß, das war's ja . . .", antwortete sie aufs Geratewohl, fast mit Tränen im Halse.

„Das hab ich mir gedacht," lächelte Uutela. „Sie hat es doch verstanden."

III.

Der Sommer war vergangen — mit der Hochzeit, der Heumahd, der Kornernte und den stillen Herbstarbeiten. Man lebte bereits die ersten Tage des Oktobers.

Keskitalo war eben aus dem Walde heimgekehrt und saß jetzt, während der kurze Tag zu dunkeln begann, allein auf der Küchenbank.

Er fühlte sich müde. Seine Brust war immer schwächer geworden, und das rauhe Herbstwetter hatte wohl bewirkt, daß er mehr als früher husten mußte.

Trotzdem, oder teilweise gerade deswegen, fühlte er sich doch zufrieden.

Alles war genau so gegangen, wie er geplant hatte. Das Gehöft war endlich schuldenfrei und sein Verbleiben in der Familie gewährleistet; verschwunden war die schwere Last, deren Gewicht er von seinen Jugendjahren an gespürt hatte. Ja noch mehr — seinen Kindern war ein reiches Erbe gesichert, da Uutela nicht mehr viele Jahre vor sich haben und wegen seines Alters nicht einmal mehr Kinder erwarten konnte. Denn gerade da steckte bei seinem Plane der Knoten, daß ein junger Schwiegersohn eine eigene Familie gegründet hätte, während Uutela doch alles ungetrennt mit in die Masse brachte.

(Fortsetzung folgt.)

Kreisen des Parlamentarismus schlimmer diskreditieren? Der Abgeordnete steht mit allem, was er zur Begründung der Interpellation vorbringt, unter dem Schutze der Immunität. Aber die verantwortliche Regierungsstelle, von der der Landtag Auskunft heischt, soll nach dem Staatsanwalt schielen. Die Beantwortung von Interpellationen ist Ausfluß des den Ländern verbliebenen Hoheitsrechts, ist Staatsrecht, und fällt daher begrifflich von vornherein außerhalb des Bereiches der strafbaren Handlungen.

Das soll nicht gelten, wenn militärische Dinge in Frage kommen? Fast muß man annehmen, daß das Reichswehrministerium dieser Auffassung huldigt. Diesen Standpunkt eröffnet glänzende Perspektiven für die Republik! Die illegalen hochverräterischen Organisationen und ihr Treiben, der Hochverrat selbst, sollen jeder öffentlichen Kritik entzogen sein. Mit zwei Zeilen dieses Gutachtens bringt das Reichswehrministerium es fertig, ganze Partien der Reichsverfassung außer Kraft zu setzen und allen Putschismus zu decken, sofern er sich nur das Mäntelchen des „Aufliebens des Gedankens der Wehrhaftigkeit im deutschen Volke" umzuhängen versteht.

Dabei läßt das Gutachten außer acht, daß der Reichswehrminister Dr. Geßler selbst das Treiben dieser Geheimorganisationen im Reichstag gekennzeichnet und abgelehnt hat. Er hat damals betont, daß die geheimen Organisationen für militärische Auseinandersetzungen mit ausländischen Heeren unverwendbar seien. Trotzdem will das Gutachten des Reichswehrministeriums über alle rechtlichen und politischen Bedenken hinweg diesen Organisationen allen denkbaren Rechtsschutz gewähren.

Sieht man nicht, wie wir uns in den Augen der Welt unmöglich machen? Wem soll das Ausland Glauben schenken? Dem Reichswehrminister, der im Reichstag die Geheimorganisationen bekämpfte, oder dem Reichswehrministerium, das mit seinem Gutachten diese Organisationen gegen die Republik schützt und ganze Partien der Reichsverfassung außer Kraft setzen will?

Ludendorffs Kriegsdokumente.

Er wußte alles, nur nichts vom „Dolchstoß".

Der Reichsarchivrat Prof. Dr. Veit Valentin macht im „Berl. Börsen-Courier" auf neue Dokumente aufmerksam, die vom Auswärtigen Amt herausgegeben werden. Es handelt sich um eine Neuauflage des Weißbuchs über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes, das durch zwei Gruppen von Dokumenten erweitert ist. Die eine behandelt Berichte von Vertrauensleuten im Auslande. Die zweite noch viel wichtigere Gruppe betrifft die Beurteilung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung. Darüber sagt Prof. Valentin:

„Aus dem frühesten dieser Dokumente geht z. B. hervor, daß die Oberste Heeresleitung unmittelbar vor der Katastrophe des 8. August weitere Großangriffe umfassender Art nicht erwartete, sich also zu diesem wichtigen Zeitpunkte absolut über die Lage täuschte. Zu der sogenannten Dolchstoßfrage bringt das Weißbuch entscheidendes Material. Die Oberste Heeresleitung selbst hat in keinem der vorliegenden Dokumente auf politische Agitationen oder Einwirkungen der Heimat als Grund der militärischen Niederlage hingewiesen. Sie sieht den Hauptgrund vielmehr in dem steigenden Mangel an Offizieren bei der Infanterie. Da, wo zuverlässige Führer vorhanden waren, hielt die Truppe stand; da, wo sie fehlten, brach der Widerstand zusammen. Die Oberste Heeresleitung entschloß sich deshalb, damals alle irgendwie brauchbaren Offiziere aus der Heimat und der Etappe für die Front heranzuholen. Die Frage liegt nahe, warum das nicht schon früher geschehen ist. Der Lagebericht vom 15. September z. B. bezeichnet ferner als Ziel des Kampfes nicht die Behauptung von Gelände, sondern die Durchführung des Grundsatzes, „den Angreifer sich zermürben zu lassen, selbst aber die Kampfkraft unserer Heere zu erhalten." Man sieht, wie damals **der Gedanke an den militärischen Sieg völlig aufgegeben war**; die psychologische Voraussetzung für die folgenreiche Beantragung der Bitte um Waffenstillstand und der Frieden durch die Oberste Heeresleitung bei der Reichsregierung vom Ende des Monats war damit gegeben. **Die Offiziere in maßgebenden Stellen sahen damals schon die Lage als außerordentlich ernst an**, die Oberste Heeresleitung sah sich deshalb genötigt, zu einer ruhigen Beurteilung der Lage zu ermahnen. Auch häuften sich die Meldungen, daß das Vertrauen zwischen Führung und Truppe, zwischen Offizier und Mann nicht mehr überall das alte sei. Als Grund dafür werden lediglich militärische Momente angesehen; wohl wird einmal von „Unzufriedenheit" in der Heimat gesprochen; aber eine **politische Agitation von der Heimat her wird nicht erwähnt**, sie wurde also als unwesentlich angesehen. Dem Offizier- und Unteroffizierskorps wird vielmehr ausdrücklich vorgeworfen, daß seine verminderte Leistung und seine mangelnde innere Geschlossenheit der Grund sei für das festgestellte Nachlassen der Disziplin und das Sinken der Kampfkraft mancher Truppenteile."

Die ganze Dolchstoß-Geschichte wurde erst nachträglich erfunden, als die Allgewaltigen des Krieges sahen, was sie angerichtet hatten. Feldherren, die entscheidend geschlagen sind, pflegen anderwärts vors Kriegsgericht gestellt zu werden, um zu prüfen, ob sie überall ihre Schuldigkeit getan oder Wesentliches versäumt haben. Ludendorff aber fabuliert von den „Weisen von Zion" und vom „Dolchstoß der Heimat" in einer Tonart, als ob er ein Dorfschulmeister von Anno dazumal wäre. Er, der im entscheidenden Augenblick die Nerven verlor und dann nach Schweden ausrückte, darf es heute wagen, im Reichstag der Republik einherzustolzieren, als ob nichts gewesen wäre. Hochverräter und Weltkriegsverlierer, wartet er auf Walhall in den Hallen des Reichstags!

Die Weisen von Zion.

Alte Lügen in neuem Kleide.

Es erregte seinerzeit Aufsehen, als die Helfer der Mörder Rathenaus gestanden, daß sie durch die antisemitische Schmähschrift „Die Weisen von Zion" verhetzt worden seien. Einer der Herausgeber dieser Schrift, der betagte Antisemit v. Hauseu, hatte sich vor einiger Zeit vor Gericht wegen einiger besonders frivoler Lügen des Machwerks zu verantworten. Er wurde zu einer lächerlichen Geldstrafe verurteilt. Es scheint, daß dieses Urteil den Drahtziehern des Antisemitismus neuen Mut eingeflößt hat. Der Hammerverlag hat jetzt ein Buch herausgegeben, betitelt „Die Zionistischen Protokolle, das Programm der internationalen Geheimregierung", ein Neudruck der „Weisen von Zion" unter verändertem Namen. In dem Vorwort, das, ebenso wie das Nachwort, von Theodor Fritsch verfaßt ist, behauptet dieser, daß „allem Anschein nach der Inhalt der Protokolle auf dem 1. Zionistenkongreß vorgetragen sei" und weiter, daß „die Gedanken des Buches durchaus im Rahmen der zionistischen Bestrebungen liegen". Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Behauptungen aufgelegter Schwindel sind. Um den Verbreitern aber Gelegenheit zu geben, sich vor Gericht zu verantworten, hat der Landesvorstand der Zionistischen Vereinigung gegen Fritsch, den Verleger und Verbreiter dieses Buches, Strafanzeige erstattet.

Herr Fritsch müßte allerdings als neugebackener Abgeordneter die Aufhebung seiner Immunität beantragen, wenn es ihm gelüstete, den „Beweis" zu versuchen, daß er nicht geschwindelt hat. Er wird sich hüten!

Die Augen der Säuglinge beim Baden. Wenn der Lappen oder Schwamm rein ist, ist dagegen nichts einzuwenden, daß die Augen mit demselben Lappen gereinigt werden, wie der Körper derselben Person. Es muß aber gesagt werden, daß dadurch, daß mehrere Personen den gleichen Lappen, Schwamm, Kamm oder die gleiche Zahnbürste benützen, gefährliche Haut- und Haarkrankheiten, besonders Syphilis und Flechten, übertragen werden können. Für jede Person gesonderte Reinigungsbehelfe verwenden, ist also ein Gebot!

Vereins- und Versammlungs-Anzeiger.

Annahmeschluß 5 Uhr nachmittags.

Aufnahme nur gegen Vorausbezahlung.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Bielefeld. „Frauenwelt" Nr. 7 muß von den Genossinnen aus der Buchhandlung Volkswacht geholt werden.

Bielefeld. Jungsozialisten. Mittwoch, 28. Mai: Nachtfahrt. Abmarsch abends 9.30 Uhr Kreis-Sparkasse.

Bielefeld. Distrikt „Altstadt". Donnerstag, 29. Mai (Himmelfahrt): Ausflug zum Werther Berge (Wulfmeier). Treffpunkt morgens 7 Uhr am Gymnasium.

Bielefeld. Frauengruppe und Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, den 28. Mai, abends 7½ Uhr, in der Handelsschule (gegenüber der Post): Besichtigung der Ausstellung und Vortrag der Genossin Lohmann.

Bielefeld. Distrikte „Siegfried", „Johanniskirche" u. „Bürgerweg". Die Parteigenossen und Genossinnen, die an dem Ausflug der Kinderfreunde, Bezirk „West", teilnehmen, müssen um 6½ Uhr auf dem Siegfriedplatze sein.

Landkreis Bielefeld. Verschiedene Ortsgruppen im Landkreise Bielefeld haben bisher die **Listen für die Gemeindewahl** nicht zurückgegeben. Bis Mittwoch, 28. Mai, müssen alle Listen im Besitz des Parteisekretariats sein.

Theesen. Mittwoch, 28. Mai, abends 8 Uhr, bei Engelmann. 1. Rückblick auf die Wahlen. 2. Kommunales.

Ummeln. Die Versammlung findet am Mittwoch **nicht** statt.

Paderborn. Donnerstag, den 29. Mai (Christi Himmelfahrt): Ausflug zur Schonung am Flugplatz. Abmarsch 2½ Uhr nachmittags von der Aktienbrauerei. Für Getränke ist gesorgt.

Gewerkschaften.

Bielefeld. Deutscher Verkehrsbund. Himmelfahrtsausflug in die Berge. Treffpunkt Kriegerdenkmal 7 Uhr morgens.

Turnen und Sport.

Herford. Naturfreunde. Mittwoch, den 28. Mai, Fahrt nach Oerlinghausen. Abfahrt 6.34 Uhr abends über Lage.

Sonstige Vereine.

Bielefeld. Volkschor, Frauenabteilung. Heute abend 8 Uhr in der Eisenhütte Gesangstunde.

Bielefeld. Volkschor, Männerabteilung. Mittwoch abend 8 Uhr in der Eisenhütte Gesangstunde.

Gellershagen. Ziegenzucht-Verein. Am Himmelfahrtstage Ausflug nach Quellental. Abmarsch 6 Uhr morgens Schloßhofstraße, Ecke Dröge.

Quelle. Vereinskartell. Mittwoch abend 8½ Uhr Sitzung bei Flaßkämper.

Jungvolk-Veranstaltungen.

Anmeldeschluß 5 Uhr nachmittags.

Dienstag, den 27. Mai:

Bielefeld. Abtl. Zentrum. Abends 7½ Uhr alle Funktionäre im Sitzungszimmer der Volkswacht.

Bielefeld. Abtl. Nord. Ochsenheide. Spiel und Tanz abends 7 Uhr.

Bielefeld. Abtl. Süd-Ost. Abends 7½ Uhr auf der Ochsenheide — Spiel und Tanz.

Bielefeld. Kinderfreunde Nord-Ost abends 6 Uhr auf der Spielwiese in den Heeper Fichten.

Bielefeld. Abtl. Nord-Ost abends ½8 Uhr in der Turnhalle der 8. Bürgerschule: Körperkultur.

Gadderbaum. Abends 7 Uhr an der Brücke zum Schwimmen.

Gellershagen-Sudbrak. Abends 7½ Uhr Vortrag des Gen. Jostes über: Die kulturelle Bedeutung des Wanderns.

Schildesche. Spiel und Tanz auf der Spielwiese.

Herford. Wer am Mittwoch abend mit nach Oerlinghausen will, muß sich bis Dienstag, abends von 7½ bis 8½ Uhr im Volksbad melden. Fahrgeld in Höhe von 1.50 Mark ist mitzubringen.

Mittwoch, den 28. Mai:

Bielefeld. Zentral. Abends 7½ Uhr in der 4. Bürgerschule Quartalsversammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Schildesche. Abends 8 Uhr am Rettungshaus. Nachtwanderung zur Brokomühle.

Steinhagen. Diskussionsabend. 7½ Uhr in der Schule, Dorf.

Spenge. Mitgliederversammlung, abends 7½ Uhr in der Schule.

Löhne. Abends 7½ Uhr in der Schule.

Donnerstag, den 29. Mai:

Bielefeld. Kinderfreunde, Bezirk „West". Tageswanderung nach Oerlinghausen. Abmarsch ½7 Uhr vom Siegfriedplatz. Die Eltern und Parteigenossen werden freundlichst eingeladen, mit uns einen frohen Tag zu verleben.

Reichstagswahlergebnis vom 4. Mai 1924.

Schluß des Reichstagswahlergebnisses des Kreises Höxter	1 Deutsche Volkspartei Dr. Hugo	2 Deutschnationale Volkspartei Dr. Hugenberg	3 Vereinigte sozialdemokrat. Partei Severing	4 Deutsche Demokrat. Partei Römeburg	5 Polen-Partei Kolpatti	6 Haenselerbund Haenssler	7 Deutsch-soziale Partei Kunze	8 Völkisch-sozialer Block Dolle	9 Christlich-soziale Volksg. Deutschl. Rids	10 Zentrumspartei Herold	11 Marxistische Freiheitspartei Hoest	12 Kommunistische Partei Maslowski	13 Unabhängige sozialdem. Partei Liebknecht
Beverungen	62	101	139	67	—	—	12	10	133	743	—	31	4
Brakel	47	110	178	46	1	—	6	185	152	1189	—	68	4
Bad Driburg	113	82	146	37	—	—	7	40	88	1113	1	4	10
Höxter	792	537	818	80	1	—	11	383	33	1291	2	24	7
Lügde	49	119	131	26	—	3	9	17	26	1058	4	27	17
Nieheim	13	16	15	23	—	1	2	14	149	699	—	1	3
Steinheim	80	106	216	41	1	2	12	126	184	1821	1	138	13
Albaxen	3	6	14	10	—	—	2	3	90	357	—	5	3
Bödesen	4	3	2	—	—	—	1	1	176	118	1	1	—
Boßeborn	3	9	2	10	1	1	1	2	23	214	1	3	—
Brenkhausen	6	30	8	5	—	—	4	6	25	312	2	27	—
Fürstenau	—	1	3	19	—	—	—	—	57	290	—	3	1
Godelheim	2	20	21	3	—	—	1	2	82	237	1	11	—
Lüchtringen	8	5	56	—	—	—	2	11	365	590	—	12	—
Lütmarsen	—	5	20	1	—	—	—	2	87	115	—	—	1
Ottbergen	56	51	28	6	—	1	1	2	12	465	—	2	2
Ovenhausen	7	12	27	2	—	—	4	21	95	293	—	12	5
Stahle	1	17	—	—	—	—	1	—	148	329	1	—	—
Amelunxen	55	92	118	21	—	—	3	1	72	203	—	4	—
Blankenau	—	5	2	3	—	—	—	14	27	72	—	—	2
Bruchhausen	46	84	39	4	—	—	—	—	17	192	—	—	5
Dahlhausen	17	11	12	6	2	1	3	20	137	441	—	8	1
Drenke	11	19	7	1	—	—	—	2	14	97	2	9	1
Haarbrück	—	6	—	—	—	—	—	5	20	244	—	5	2
Herstelle	10	7	95	5	1	—	6	43	18	274	—	6	1
Jakobsberg	2	2	7	—	—	—	2	—	37	95	—	—	1
Rothe	—	18	—	1	1	—	—	—	24	89	—	—	2
Tietelsen	2	18	—	1	—	—	1	5	36	80	—	—	2
Wurgaßen	—	26	40	4	—	—	10	1	7	173	—	3	3
Wehrden	2	22	17	2	—	—	4	37	95	114	—	4	3
Bökendorf-Abbenburg	—	15	1	1	—	—	—	4	160	153	—	20	1
Beller	2	22	—	—	—	—	1	3	2	67	—	—	—
Bellersen	—	8	1	1	—	—	4	4	55	192	—	1	—
Erkeln	4	37	31	6	—	—	3	1	9	265	1	3	—
Hembsen	3	20	42	5	—	—	—	15	75	261	—	3	2
Hinnenburg	2	15	—	2	—	—	—	2	—	38	—	—	—
Istrup	1	2	3	2	—	—	—	6	16	191	2	6	—
Rheder	3	20	—	2	—	—	—	—	2	113	—	—	—
Riesel	2	19	23	—	—	—	3	1	21	157	—	3	—
Schmechten	1	2	1	3	—	—	—	—	1	132	1	—	—
Albausen	6	11	1	—	—	—	2	3	26	201	1	—	—
Erpentrup	—	3	—	—	—	—	1	—	16	38	—	—	—
Herste	6	5	8	17	1	—	2	1	51	175	—	3	4
Langeland	—	2	13	2	—	—	—	1	9	76	—	—	1
Gömbsen	6	13	1	8	—	—	—	—	38	167	—	1	1
Reilsen	2	20	—	—	—	1	—	2	79	111	—	—	7
Bergheim	8	14	14	2	1	—	1	5	53	201	2	—	—
Entrup	—	4	—	1	—	—	—	—	17	161	—	—	—
Erwitzen	4	1	—	—	—	—	1	—	18	75	—	—	—
Eversen	1	11	6	7	—	—	1	1	38	162	—	6	—
Himmighausen	5	6	3	—	—	—	2	1	54	81	—	4	—
Holzhausen	3	18	—	7	1	1	2	3	87	124	—	1	1
Kempenfeldrom	1	—	36	2	—	—	1	2	10	93	—	2	4
Merlsheim	2	5	6	—	—	—	—	—	71	64	—	1	1
Oeynhausen	1	17	3	4	—	—	2	3	45	191	1	—	6
Ottenhausen	7	38	5	—	—	—	1	8	12	150	2	7	1
Rolfzen	—	17	1	9	1	—	3	—	48	81	1	21	1
Sandebeck	10	25	26	10	—	—	—	3	69	130	—	5	—
Schönenberg	—	7	—	—	—	—	—	—	5	28	—	—	—
Sommersell	2	15	12	2	—	—	—	4	41	238	2	5	—
Vinsebeck	4	15	6	1	—	—	1	3	72	261	1	4	—
Altenbergen	2	2	5	1	—	1	—	—	36	144	1	2	2
Born	1	3	—	—	—	—	—	—	9	340	—	—	—
Bredenborn	4	36	2	3	3	2	6	—	59	57	1	—	2
Bremerberg	1	10	1	—	1	—	1	—	2	39	—	—	—
Eilversen	—	—	—	—	—	—	—	—	1	53	—	—	—
Großenöreden	—	—	—	—	—	—	2	—	9	4	—	—	—
Hagedorn	12	11	3	2	—	—	2	2	7	92	—	—	—
Hohehaus	—	—	—	—	—	—	—	—	7	18	—	—	—
Kleinenöreden	—	—	1	—	—	—	—	—	17	219	—	—	—
Kollerbeck	2	21	—	2	—	—	1	—	15	122	1	—	—
Löwendorf	1	1	—	1	—	—	—	—	—	45	—	—	—
Münsterbrock	4	8	—	—	—	—	1	4	17	74	—	3	—
Sageohöfen	—	1	2	—	—	1	2	1	17	263	—	—	—
Vörden	2	8	—	2	—	—	—	2	104	23	—	2	—
Harzberg	—	8	—	1	—	—	—	—	1		—	3	—
Zusammen:	1487	2035	2403	507	16	14	150	1023	3781	18519	38	513	124

. Mittwoch abend 8 Uhr
Himmelfahrtstage Ausflug
ens Schloßhofstraße, Ecke
½ Uhr Sitzung bei Flaß-

tungen.

at:
Uhr alle Funktionäre im
l und Tanz abends 7 Uhr.
hr auf der Ochsenheide —
nds 6 Uhr auf der Spiel-
hr in der Turnhalle der
le zum Schwimmen.
r Vortrag des Gen. Jostes
erns.
ielwiese.
Oerlinghausen will, muß
Uhr im Volksbad melden.
bringen.

at:
4. Bürgerschule Quartals-
heinen.
haus. Nachtwanderung zur
der Schule, Dorf.
, Uhr in der Schule.

Nat:
". Tageswanderung nach
Siegfriedplatz. Die Eltern
ingeladen, mit uns einen

i 1924.

	11	12	13
	Nationale Freiheitspartei Hoest	Kommunistische Partei Maslowski	Unabhängige sozialdem. Partei Liebknecht
23	—	31	4
39	—	68	4
3	1	4	10
91	2	24	7
58	4	27	17
09	—	1	3
21	1	138	13
07	—	5	3
18	1	1	—
14	1	3	—
12	2	27	—
00	—	3	1
37	1	11	—
00	—	12	—
05	—	—	1
55	—	2	2
33	—	12	5
29	1	—	—
33	—	4	—
72	—	—	2
92	—	—	5
11	—	8	1
07	2	9	1
14	—	5	2
74	—	6	1
95	—	—	1
39	—	—	2
30	—	—	2
73	—	3	3
14	—	4	3
53	—	20	1
57	—	—	—
92	—	1	—
55	1	3	—
31	—	3	2
38	—	—	—
91	2	6	—
13	—	—	—
57	—	3	—
32	1	—	—
91	1	—	—
38	—	—	—
75	—	3	4
76	—	—	1
37	—	1	1
11	—	—	7
91	2	—	—
51	—	—	—
75	—	—	—
32	—	6	—
24	—	4	—
33	—	1	1
54	—	2	4
91	1	—	1
60	1	2	6
31	1	7	1
30	—	21	1
28	—	5	—
38	—	—	—
31	2	5	—
44	1	4	—
20	1	2	2
57	—	—	—
39	1	—	2
33	—	—	—
34	—	—	—
92	—	—	—
18	—	—	—
19	—	—	—
32	1	—	—
15	—	—	—
24	—	3	—
33	—	—	—
23	—	2	—
	—	3	—
9	38	513	124

Unerreichte Vorteile

biete ich Ihnen in meinem grossen Pfingst-Verkauf. Grosse Posten Herren-Anzüge, Mäntel, Hosen in guten Qualitäten, in sorgfältiger Verarbeitung, in kleidsamen modernen Formen,

zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Herren-Anzüge	in guten Qualitäten	28.–	31.–	39.–	43.–	48.–	bis 55.–	Mk.
Herren-Anzüge	in bester Verarbeitung	51.–	59.–	65.–	70.–	75.–	„ 180.–	„
Herren-Anzüge	in dunkelblau	51.–	65.–	80.–	95.–	110.–	„ 150.–	„
Sport-Anzüge	mit Breeches kleidsame Formen	35.–	40.–	45.–			„ 120.–	„
Covercoat-Paletots	auf Satinella	45.–	62.–	69.–	79.–	89.–	96.– „ 125.–	„
Moderne Gürtel-Mäntel		42.–	45.–	58.–	66.–	75.–	„ 150.–	„

Wetter-Mäntel von 19.– bis 85.– Mk.
Hosen solide Qualitäten gute Verarbeitung 5.– „ 40.– „

Kettlage

4103

Näherinnen
auf Baumwolle, Lüster u. Loden
für Betrieb u. Heimarbeit
gesucht. 3669
Hecht & Loevinsohn
Herrenkleider-Fabrik, Kesselbrink 11a.

Näherinnen
für Baumwoll-Joppen u. -Hosen, Windjacken, Lüster- und Tussor-Saccos für Betrieb und Heimarbeit gesucht. 3972
Junkermann & Speyer,
Paulusstrasse 36.

Plattstickerinnen
und
Festonnäherinnen
für handgeführten Bogen, nur geübte Kräfte, bei höchsten Akkordlöhnen gesucht. [4097
J. Elsbach & Co., A.-G.,
Oberntorwall.

Arbeiterinnen
gesucht. 4076
HELLMANN
SchildescherStr. 84

24125 Von einer
Herrenwäschefabrik in Krefeld
werden bei hohem Lohn
gesucht:
ein jüngerer Zuschneider
Einsatz-Näherinnen
Kragen-Näherinnen
Nückerinnen
Manschetten-
und Queder-Näherinnen
Die Reise wird vergütet und Einreiseerlaubnis und Wohnung beschafft:
Zu melden bei:
W. Maletzki, Meller Strasse 51

Stickerin
für Festonmaschine
mit Handführungsbogen
Weissnäherinnen
für Zickzack-Maschine
14- bis 15jährige
junge Mädchen
für leichte Arbeit
sucht 4094
Wilhelm Hoppe,
Detmolder Str. 89.

Erfahrener, zuverlässiger
Maschinist
der auch elektrische Anlagen bedienen kann, gesucht.
Bielefelder Wäschewerke
Wilhelm Kayser & Co.
A.-G. 4096
Sudbrackstr. 142.

Offerten
wolle man niemals Originalzeugnisse, sondern stets nur Abschriften beifügen.

Plätterin,
perfekte, für Aussteuer-Wäsche
sofort gesucht. 4101
R. Kretzschmar, Heeper Strasse 4a.

Arbeiterinnen
für unsere Näherei und Kleberei bei gutem Verdienst sofort gesucht.
Bielefelder Sackfabrik
Bielefeld 3950
Bureau: Feilenstrasse 1.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 3 Goldpfennig, in der fetten Ueberschrift 10 Goldpfennig, nur bei Vorausbezahlung.

Stellenanzeiger

Kontorbote 24226 gesucht. Beschäftigung mit leichter Arbeit für einige Stund. am Tage, passend für Rentenempfänger od. Kriegsbeschädigten. A. & W. Opitz, Bielefeld, Buchdruckerei, Marktstraße 23.

Näherinnen
für Oberhemden für Betrieb und Heimarbeit gesucht. Gebr. Botthoff, Jüngststraße 19. 24215

Damenschneider,
selbständig, perfekt, für dauernde Beschäftigung und hohen Lohn für sofort gesucht. Meldungen Niedernstraße 24. 24175

Putzfrau 2409b für einige Morgenstunden gesucht. Theilkuhl, Jöllenbecker Straße 58, II.

Putzfrau
gesucht. Bureau Ulmenstraße 14. 2410b

Friseurgehilfe,
tüchtiger, für dauernd sofort gesucht. H. Grunge, Detmolder Str. 73. 24166

Hilfe 24135 in kleinem Haushalt für jeden Freitag gesucht. Humboldtstraße 15, II. l.

Stenotypistin,
perfekte, geg. gutes Gehalt zum 1. Juni für Anwalt gesucht. Offerten unter J. M. 124 an die Exped. der Volkswacht. 24055

Abzahlungsgeschäft
in Textilwaren sucht tüchtigen Verkäufer. Offerten unter K. V. 123 an die Exped. 24026

Mädchen, 24085 junge, für leichte Arbeit stellt sofort ein Menke & Co., Damenwäschefabrikation, Spindelstr. 69

Tüchtiges Mädchen
für Küche und Haus für sofort gesucht. Frau L. Hanné, Waldeckstraße 3. 2404b

Verkäufe

Waschkessel,
kupferne, 50—200 Liter Inhalt, sehr preiswert lieferbar. Fritz Fislake, Siegfriedstr. 37. 3505

Ferkel
zu verkaufen. Peppmöller, Kammerratsheide, Waikenweg 176. 23655

Herrenrad,
etwas gebraucht, zu verkaufen. Viktoriastr. Nr. 27. 4109

Damenrad,
neu, billig, zu verkaufen. Viktoriastraße 27. [4109

Kartoffeln,
gute gelbfleischige, zu verk. Schloßhofstr. 26, I. 24145

Mantel,
guter, wenig getragen, preiswert abzugeben. Kaiserstr. 27 p. 24066

Glückwunschkarten
für alle Gelegenheiten empfiehlt Buchhandlung Volkswacht.

Wohnungen

Tauschwohnung.
Gute 3 Zimmer, Bodenraum und Keller, abgeschlossen, gegen eine gleiche 4-Zimmerwohnung, part. oder 1. Etg., zu tauschen gesucht. Zu erfragen in der Exp. 24075

Drucksachen
aller Art, für Behörden, Vereine u. Private in kürzest. Zeit liefert
Buchdruckerei
„Volkswacht"
Bielefeld
Schulstrasse 20, Telephon 353.

Schürzen für Damen u. Mädchen in großer Auswahl, **Herm. Wemmer Nachf.** Herford



Macht den teuren Bohnenkaffee entbehrlich!

Palast
Theater. Niedernstr. 21

Mark 6000 in bar

zahlt die National-Film, A.-G., Berlin, sowie

500 Trostpreise

in Form von Halbjahres-Abonnements für ein von: Gewinner zu bestimmendes Kino-Theater demjenigen, der einen geschickten Zweizeiler wie folgender:

„Nach des Tages Müh' und Qual
Erfreut ein Film der National"

einsendet.

Das Preisausschreiben bedingt jedoch die Einsendung einer kurzen Kritik über den zuletzt gesehenen Film der „National".

Wir geben Ihnen ab heute im Palast-Theater die Gelegenheit

sich zu diesem Zweck den neuesten

Nationalfilm

Die Taucher

anzusehen!

Ein Drama unter Wasser in 6 hervorragenden Akten.

Die Unterwasser-Aufnahmen in diesem Film sind original See-aufnahmen und stehen einzig da. Man hat die größte Tiefe, die man überhaupt erreichen kann, getaucht und dort unten die wunderbarsten Aufnahmen erzielt, somit eine Welt an die Oberfläche gezogen, die noch bisher kein menschliches Auge gesehen hat. 4107

Hierzu:
Das Sensations-Drama betitelt:

Das menschliche Dokument.

Detektiv-Abenteuer in 6 äußerst spannenden Akten aus den Erlebnissen eines Erfinders und seinen Geheimnissen über

? **den mechanischen Menschen** ?

Sensationell! Sensationell!

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Bielefeld.

Die im Mitteilungsblatt angesetzte

Wanderung durch das Forlbachtal

findet am Himmelfahrtstag statt. Alle Teilnehmer treffen sich morgens 10 Minuten vor 5 Uhr am Hauptbahnhof. Fahrpreis bis Hövelriege und zurück 1.10 Mk. 4102



Wer ist's??

Die beiden Helden des Films:

The Kid

der ab Freitag im

Palast-Theater

gezeigt wird. 4108

Eintrittskarten u. Programme
in geschmackvoller Ausführung liefert schnell und preiswert
Buchdruckerei Volkswacht, Schulstr. 20.

Tonbild
-Theater Niedernstr. 12.

Ab heute
bringen wir das
Monumental-Filmwerk
unter dem Titel

Die höllische Macht.

6 spannende Akte **6**

Der Film spielt in irgend einem Lande unbegrenzter Möglichkeiten und handelt von dem reichsten, dem mächtigsten Mann der Welt, von der größten chemischen Erfindung, die je gemacht worden ist — der Gewinnung von Gold — von Goldfieber etwas Furchtbarem — eine höllische Macht — die wie ein Rausch, wie eine Seuche um sich greift und alles vernichtet.

Spannend von Anfang bis zu Ende!

Hierzu der glänzende Spielfilm:

Spinne der Liebe.

Ein Film aus dem Leben in einem Vorspiel und 4 packenden Akten.

Ab kommenden Freitag:

Fatty im Flugzeug. 4100

Stadt. Orchester.

Heute abend 8½ Uhr

Konzert

auf der 4098
Berglust.

CIRCUS Gebr. Blumenfeld A.G. Magdeburg

Bielefeld

Mai 28. Mittwoch **7⁴⁵ Uhr**

Vergessen Sie nicht

Morgen Eröffnung!

Vorverkauf: Zigarrenhaus Niemeyer, Jahnplatz, u. ab Mittwoch nachmittag 5 U. Zirkuskasse,

Donnerstag, 3½ und 7¾ Uhr:

2 Vorstellungen 4093

Täglich abends 8 Uhr
Der 2423b
zwerchfellerschütternde
große Lachschlager
‚Familie Raffke'
der tollste aller Operettenschwänke, mit Musik in 3 Abteilungen mit der großen Kanone

Karl Blaß
der beste rheinische Komiker der Kölner Volksbühne.
Herforder Orchester.
Karten
von 10—1 u. ab 4 Uhr
im Zigarrengeschäft
Neumann
Niedernstraße Nr. 11.

Hasenclever
Belderwandstoffe
Obernstr. 12.

Photo-

Projektions- und Kino-Apparate, Lichtquellen, sowie sämtl. Zubehörteile, Platten, Photopapiere billigst.
Anfertigung aller Amateurarbeiten.

Photo-Kontor
Kaiserstrasse 143,
gegenüber Marktstr.
3447

Schlachthof Freibank.
Am Mittwoch, morgens 8 Uhr: 4110
Verkauf von minderwertigem Rind- und Schweinefleisch.



Arbeiter- und Berufskleidung

für jeden Beruf
sind während unserer
Werbe-Verkaufstage
besonders billig.

24092

WOLFF'S Bekleidungs HAUS

Altstädter Kirchstr. 20
(am Schillerplatz).

Salmi-Zigaretten

hervorragend in Qualität, dickes Format

Generalvertreter: **C. Heinr. Kipp, Bielefeld, Telephon Nr. 2565, Oststrasse 12.** 3426

So früh
wie nur möglich müssen Sie die Inserate aufgeben, wenn diese wirkungsvoll gesetzt und gut plaziert werden sollen.

Formulare jeder Art

sowie sämtliche Drucksachen
für Behörden liefert schnell
Buchdruckerei Volkswacht, Schulstr. 20.

Verdingung!

Die **Erd-, Maurer- und Massivdeckenarbeiten,** einschließlich Materiallieferung zum **Neubau des Beamten-Wohnhauses der Reichsbank in Bielefeld** sollen vergeben werden. Bedingungen und Zeichnungen liegen werktäglich vormittags von 9 bis 12½ Uhr im Baubüro der Reichsbank, hier, Herforder Straße 10, 1 Treppe, zur Einsicht aus. Verdingungs-Unterlagen sind gegen 2,50 Goldmark im Baubüro erhältlich.

Verdingungs-Termin: Dienstag, den 3. Juni 1924, vorm. 9 Uhr. Zuschlagsfrist 10 Tage.

Bielefeld, den 23. Mai 1924.

4080 **Die Bauleitung.**

Die **Maurerarbeiten** zum Neubau einer Viehhalle sollen vergeben werden. Verdingungsunterlagen sind für 4 Mk. im Rathaus, Zimmer 91, zu haben. Die Angebote sind bis Mittwoch, den 4. Juni, ebendaselbst einzureichen. 4083

Stadtbauamt Bielefeld.

Bekanntmachung.

Anstelle des zum Beisitzer des Gewerbegerichts Herford—Stadt gewählten Buchdruckers Heinrich Plüner, dessen Ablehnungsantrag bezüglich des Beisitzeramtes der Magistrat angenommen hat, ist vom Ortsausschuß Herford des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zur Ergänzung seiner Vorschlagsliste der Buchdrucker Karl Siemeking, Stiftstraße 4 wohnhaft vorgeschlagen worden.

Siemeking gilt als Beisitzer gewählt, sofern hiergegen binnen einer Frist von einem Monat nach dieser Bekanntmachung nicht Beschwerde beim Gewerbegericht erhoben wird p 146

Herford, den 24. Mai 1924.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts Herford—Stadt.



Gesangvereine,
Turn- und Sportvereine,

laßt eure Drucksachen nur in der Buchdruckerei Volkswacht herstellen. Bei Verwendung von erstklassigem Material sind wir in der Lage, moderne Drucksachen schnell und preiswert jederzeit zu liefern. Mehrfarbige Vordrucke für Programme und Plakate in großer Auswahl stets auf Lager

---

Soeben ist erschienen:

Als Bergmann auf Spitzbergen.

Reiseeindrücke und Erlebnisse
von **Fritz Waldhecker.**
Preis 0.30 Mk.

Buchhandlung Volkswacht,
Bielefeld, Schulstraße 20.

Wege zu einer Wirtschafts-Reform

von
Hans Prediger

*

Preis 50 Pfennig
Porto nach außerhalb 5 Pfennig

*

Buchhandlung „Volkswacht"
Bielefeld, Schulstraße 20

Hasenclever

Bekanntes Haus für gute Damenbekleidung und Kleiderstoffe

Bielefeld Obernstrasse 12 3802

Imprägnierte Mäntel nur beste Qualitäten 63.—, 59.—, **44.50**

Lodenmäntel reine Wolle, imprägniert 44.—, 38.—, **35.—**

Gummimäntel nur in best. Gummierung 44.—, 39.—, **29.50**

Donegalmäntel in viel. Farbenstellungen 34.50—, 29.—, **23.50**

Frottékleider in hübschen jugendlich. Formen . 39.—, 34.50, **28.50**

Koverkotmäntel gute Zwirnware 64.50, 52.—, 44.50, **36.50**

Donegal-Jackenkleider in Sport- und Schneiderform . . . 68.—, 54.—, **44.50**

Hemdblusen
Waschseide . . 26.50, **24.50**
Rips **13.50**
Zephir 15.50, **10.50**
Perkal . . . 10.50, 9.75, **8.50**

Musselinkleider in reiner Wolle und mod. Mustern 56.—, 44.50, 39.—, **36.—**

Tuchmäntel in allen Farben 66.—, 48.50, **44.50**

Rips- u. Gabardinemäntel gute Kammgarnware 69.—, 62.—, **48.—**

Strickjacken, in reicher Muster- und Farbenauswahl . 28.—, 18.50, **16.50**

Windjacken, praktisches Sportkleidungsstück 36.—, 32.50, **24.50**

Voilekleider in weiss und bedruckt 28.50, 24.50, **21.50**

eiter- und
ufskleidung
r jeden Beruf
nd während unserer
rbe-Verkaufstage
besonders
billig.
24092
LEFF'S
Kleidungs
HAUS
er Kirchstr. 20
Schillerplatz).
aretten
rend in Qu[illegible]ät,
s Form
ipp, Bielefeld,
rasse 12. 3426
ingung!
urer- und Massivdecken-
ßlich Materiallieferung zum
amten-Wohnhauses der
Bielefeld sollen vergeben
gen und Zeichnungen liegen
ags von 9 bis 12½ Uhr
Reichsbank, hier, Herforder
pe, zur Einsicht aus. Ver-
n sind gegen 2,50 Goldmark
lich.
Termin: Dienstag, den
m. 9 Uhr. Zuschlagsfrist
en 23. Mai 1924.
Die Bauleitung.
beiten zum Neubau einer
geben werden. Verdingungs-
r 4 Mk. im Rathaus,
haben. Die Angebote sind
4. Juni, ebendaselbst einzu-
4083
tadtbauamt Bielefeld.
tmachung.
Besitzer des Gewerbegerichts
iblten Buchdruckers Heinrich
ebungsantrag bezüglich des
Magistrat angenommen hat, ist
ford des allgemeinen deutschen
zur Ergänzung seiner Vor-
rucker Karl Siemeking, Stift-
rgeschlagen worden.
als Besitzer gewählt, sofern
ner Frist von einem Monat
achung nicht Beschwerde beim
en wird p146
Mai 1924.
e des Gewerbegerichts
ford—Stadt.
ist erschienen:
rgmann auf
bergen.
ke und Erlebnisse
z Waldhecker.
s 0.30 Mk.
g Volkswacht,
Schulstraße 20.
tege
einer
schafts-
form
von
Prediger
*
50 Pfennig
nach außerhalb
Pfennig
*
g „Volkswacht"
Schulstraße 20

Wirtschaftspolitische Umschau.

Mit geradezu dramatischer Spannung haben sich in der verflossenen Woche die Verhältnisse in unserer Wirtschaft zugespitzt. Im Kreditverkehr hat die Entschlossenheit der Reichsbank, an ihren Restriktionen festzuhalten, eine Lage geschaffen, deren Ausgang für die Wirtschaft ganz allgemein von größter Bedeutung werden kann. Weniger günstig ist die Komplikation in den Bergbaugebieten zu betrachten, wo die zunehmenden Stillegungen das Bild ausgesprochener Depressionen, wie es u. a. das Siegerland und das oberschlesische Gebiet bieten, ergänzen.

Wenn wir heute einen Rückblick auf die Kreditpolitik der Reichsbank werfen, muß konstatiert werden, daß die sogen. Ankurbelungskredite unserer Wirtschaft glattweg über den Kopf gewachsen waren. Diese Kredite ermöglichten ein Festhalten der Lager und führten zur völligen Ausschaltung des Kreditverkehrs innerhalb der Wirtschaft. Der prägnanteste Ausdruck für diese Erscheinungen war das

ständige Ansteigen der Indices,

die erstmalig in den letzten Tagen wieder in rückläufige Bewegung gekommen sind. Anfang April begann die Reichsbank mit ihren Drosselungen; eben noch früh genug, denn der Ansturm der privaten Wirtschaft auf die Kassen der Reichsbank war nichts anderes als der Versuch, eine neue Inflation zu erzwingen. Ein Havenstein hätte vielleicht der Versuchung nachgegeben, Dr. Schacht hielt aber die Zügel fest in den Händen. Die der Rentenmark aus der Kreditpolitik und dem Kreditbegehren drohende Gefahr kann heute als überwunden bezeichnet werden. Unser Wechselkurs zeigt eine bemerkenswerte Festigkeit, und die in Aussicht gestellte volle Zuteilung auf dem Devisenmarkt bedeutet den

Abbau von Inflationsresten,

die für die Preisentwicklung und Belebung des Geschäftes von größter Tragweite sind.

Fast ein Jahr haben wir gebraucht, um die Inflationspsychose zu überwinden, ein Zeichen dafür, in welchem Maße unsere Wirtschaft durch die Währungszerrüttung verseucht war. Wir sehen es auch heute noch z. B. im Falle der deutschen Tuchkonvention, deren neue Verkaufsbedingungen die Reichsbank als verwerflich und schädlich bezeichnet hat, daß immer wieder der Versuch unternommen wird, in das unsolide Fahrwasser der Währungszerrüttung zu steuern. Dabei liegt eine völlige Verkennung der Lage vor, wenigstens insoweit die Händler bestrebt sind, ihre Sachwerte fernzuhalten. Während der Inflation verdiente derjenige, der für geliehenes Geld Waren festhielt, und zwar den Unterschied zwischen Zins- und Preissteigerung bezw. Geldentwertung. Heute ist aber unbedingt

mit einer fallenden Tendenz in der Preisbildung zu rechnen.

Für eine bestimmte Geldsumme kann ich also morgen eine größere Menge Waren kaufen. Wer also mit Leihgeld Waren halten will, oder sein Kapital als Leihgeld ausschaltet, verliert zu dem Zins an und für sich die eintretende Besserung des Geldes bezw. er wird durch die sich durchsetzende Verbilligung der Ware geschädigt. Die genaue Unterscheidung zwischen Geldzins und Realzins müßte zur möglichst schnellen Leerung der Läger führen, auch bei Verkauf gegen Wechsel, wodurch der Kreditweg wieder innerhalb der Wirtschaft beschritten werden kann, der jetzt völlig brach liegt. Damit wäre ein schätzenswerter Anfang zur Ueberwindung der Geldnot gemacht.

Die Zuckungen, die diese neue Phase deutscher Wirtschaftsentwicklung begleiten, sind ganz natürlich; bedauerlich ist nur, daß sehr wahrscheinlich, worauf die Stockungen in der bis jetzt gut beschäftigten Berliner Konfektion hinweisen, die an den Vorgängen **völlig unschuldige Arbeiterschaft unter den Depressionen zu leiden haben wird.** Im allgemeinen kann man sich von der eingetretenen Lage kaum einen richtigen Begriff machen, da die gegenwärtige Form der

Geschäftsaufsicht

jetzt auch dahin mißbraucht wird, Namen und Firmen zu verschweigen, die sich bereits unter Geschäftsaufsicht befinden. Wie sehr es aber im Gebälk kracht, geht daraus hervor, daß in einem bekannten und nicht allzu großen rheinischen Fertigwarenbezirk die Zahl der insolventen Firmen bereits das zweite Hundert überschritten hat. Zu den allgemeinen Schwierigkeiten treten in vielen Fällen die Mai-Francenengagements, da der Maiclearing sich nicht reibungslos abzuwickeln scheint und sehr wahrscheinlich im Metallhandel noch seine Opfer fordern wird. Den Komplikationen gegenüber erklärten die maßgebenden Stellen, daß, ebenso wie von einer Aenderung in der Kreditpolitik, kein allgemeines Moratorium, d. h. neben dem besonderen, das sich unsere Firmen in der Weise verschaffen, daß sie sich unter Geschäftsaufsicht stellen, in Frage kommen kann. Die Politik ist richtig. Von

Erdrosselungsmaßnahmen

kann keine Rede sein, da die Golddiskontbank bei Gelegenheit des Abschlusses des Reichsdiskontvertrages über fünf Millionen Pfund mit England erklären konnte, über Mittel in einem Maße zu verfügen, daß die deutsche Wirtschaft die Kredite nicht aufnehmen könne. Berücksichtigt werden aber nur Betriebe nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, besonders vom Standpunkt der Steigerung unseres Exports, und die Praxis hat bewiesen, daß die Idee einer Auslese im gemeinwirtschaftlichen Sinne sich durchaus bewährt hat.

Sicher werden dabei viele Betriebe auf der Strecke bleiben. Das ist bedauerlich, aber von unermeßlichem Wert für die spätere Lebensfähigkeit unserer Wirtschaft. Man haftet bei der Beurteilung der Konjunktur allzu sehr an den Erscheinungen im Kreditverkehr und übersieht, daß unsere Wirtschaft äußerst extensiv und kostspielig arbeitet. Die Konzentration muß also in dem Maße erfolgen, in Preis und Qualität mit dem Auslande zu konkurrieren. Begreiflich ist, daß sich die betroffenen Werke mit Händen und Füßen

gegen die Normalisierung

sträuben und alles versuchen, um weiter zu schwimmen. Dahin gehören die Versuche, private Anleihen aus dem Auslande hereinzubringen. Aber auch hier werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen, denn die Engländer z. B. haben wissen lassen, daß Geld nur gegen solide Bankbürgschaft zu haben ist. Wo aber z. B. für unsere großen Trusts Auslandsanleihen geplant ist, u. a. eine für die Becker-Stahl A.-G., um, völlig verkehrt, von einer Verhökerung ans Ausland zu sprechen. Gerade auf diesem Gebiet steht uns noch manches bevor. Klug ist es, beizeiten die Entschuldung unserer Wirtschaft vorzubereiten. Der Weg ist gewiesen: In den nächsten Tagen muß es heißen, **fort vom spekulativen Warenbesitz im Interesse vermehrter Produktion, Erreichung des normalen Preisstandes, um Kaufkraft und Export zu heben.**

schlechter. Die Zölle bewegen sich bei ihnen im allgemeinen zwischen 10 und 80 Prozent des Wertes der Gegenstände. Selbst bei Lebensmitteln zeigen sich so bedenkliche Zahlen, daß die Einfuhr von Gewürzen, Kaffee, Südfrüchten, Senf, Seife usw. außerordentlich erschwert ist. Als besonders schwerwiegend muß die Belastung der pharmazeutischen Artikel empfunden werden, weil infolge der großen Bevölkerungsdichte ein besonders starker Bedarf vorliegt. Hier bewegen sich die Zölle durchschnittlich in einer Höhe von 20 Prozent des Einkaufspreises der Ware.

Wenn die Ausfuhrbelastung der Industrie des besetzten Gebiets einer Art Verstopfung der Quellen für die Weiterverarbeitung des unbesetzten Gebiets gleichkommt, so ist die Erhebung der Einfuhrzölle gleichbedeutend mit der Abschnürung der Lebensströme für die Bevölkerung des besetzten Gebiets. Es handelt sich in den oben skizzierten Beispielen nicht nur darum, daß Handel und Gewerbe lahmgelegt werden, sondern daß die gesamte Käuferschaft in ihren notwendigsten Lebensforderungen geschädigt wird. Für die Kaufmannschaft fällt nicht nur das Exportgeschäft, sondern in vielen Fällen auch selbst das Inlandsgeschäft fort, und damit wird ihr zugleich die Möglichkeit genommen, gegen die mehr und mehr in das Ruhrgebiet eindringenden französischen und belgischen Konkurrenzfirmen sich zu behaupten. Schließlich sei noch die Ausfuhrabgabe erwähnt, die im Verkehr mit dem Auslande und mit dem unbesetzten Deutschland erhoben wird und deren Höhe in den Micumverträgen festgesetzt ist.

Die Geldbewegung in der Reichshauptkasse

schließt für die Zeit vom 11. bis 20. Mai mit einem Zuschußbedarf von 6 636 232 Mk. ab, da Ausgaben in Höhe von 206 489 016 Mk. Einnahmen in Höhe von 199 852 7848 Mk. gegenüberstehen. Die Ausgaben des Reiches bewegen sich auf der gleichen Höhe wie in der Vordekade. Die größere Anspannung erklärt sich durch starke Ueberweisung von Steueranteilen an die Länder usw. und die Einziehung der kleinen Goldanleihestücke. Insgesamt sind nach dieser Richtung 31 Goldmillionen aufgewendet worden. Durch Begebung von Rentenmark-Schatzwechseln flossen dem Reiche (Bestand vom 11. 5. rund 202 Millionen) 37,5 Millionen zu, die nicht unter den Einnahmen mitgezählt worden sind.

Vom Baumwollmarkt. In den letzten Tagen fanden in Prag Verhandlungen innerhalb der Baumwollfachgruppe des Allgemeinen Deutschen Textilverbandes statt, in der über die Schaffung einer Konditionengemeinschaft der Baumwollwebereien verhandelt wurde. Da sich dazu ausschließlich alle Mitglieder zum Beitritt bereit erklärt haben, ist die Gründung des Konvention gesichert. Auf die Preisbildung der tschechoslowakischen Baumwollwaren dürfte dieser Zusammenschluß von ausschlaggebender Bedeutung werden.

Einfuhr von Rohphosphaten. Durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft wird mit Wirkung vom 1. Juni 1924 die Einfuhr von Rohphosphaten freigegeben. Durch die gleiche Bekanntmachung wird die Einfuhrfreiheit für Kiefernsamen und Fichtensamen wieder aufgehoben.

München. (WTB.) Die Reichsausstellung des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler ist in den Ausstellungshallen auf der Theresienwiese eröffnet worden. Handelsminister v. Meinel überbrachte die Grüße der Staatsregierung.

Sozialdemokratischer Antrag für Erhaltung des Mansfelder Kupferbergbaues.

Eisleben, 25. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit eigenen Mitteln und durch Einsetzen seines Einflusses bei der Reichsregierung auf die **Erhaltung des Mansfelder Kupferbergbaues** hinzuwirken, insbesondere für die Gewährung von Notstandskrediten für Brennstoffe und Erzeugung einzutreten, eine Suspendierung der Umsatzsteuer für die deutsche Kupfererzeugung anzustreben und nötigenfalls auch auf Gewährung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu drängen."

Es ist anzunehmen, daß der Landtag diesem Antrag zustimmen wird.

Wiederaufnahme der Arbeit im Bezirk Anhalt.

Halle, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Bevollmächtigten-Konferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für den Bezirk Anhalt hat die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Mit dem Verbande der mitteldeutschen Metallindustriellen ist die Wiederaufnahme der Arbeit für Dienstag, den 27. Mai, vereinbart worden.

Der oberschlesische Provinziallandtag beschloß, die Verwaltung Oberschlesiens und Niederschlesiens zu trennen und eine gesonderte Provinzialverwaltung für Oberschlesien in Ratibor zu errichten.

Wirtschaftliches.

Interalliierte Zollpolitik.

Bei der Erörterung der interalliierten Zollpolitik im besetzten Gebiet ist zwischen der Beschlagnahme der Zölle an der Westgrenze und zwischen der Errichtung einer Zollgrenze im Osten des besetzten Gebietes zu unterscheiden. Die Beschlagnahme der Zölle an der Westgrenze ist für die interalliierten Behörden nicht nur von erheblich finanziellem Nutzen, sie gibt ihnen auch die Möglichkeit, durch entsprechende Gestaltung der Zollsätze die Einfuhr der Waren aus den interalliierten Ländern zu begünstigen. So sind z. B. gegenwärtig nicht weniger als 227 Nummern des deutschen Zolltarifs, der den alliierten Zolltarifen zugrunde gelegt ist, stark ermäßigt worden; es handelt sich dabei in der Hauptsache um Luxusgegenstände, die jetzt auf erleichterte Weise aus dem Ausland in das besetzte Gebiet eingeführt werden und **unsere Handels- und Zahlungsbilanz belasten.**

Die Errichtung der Zollgrenze im Osten des besetzten Gebiets belastet dagegen in erster Linie das Gebiet selbst. Dabei hat Artikel 270 des Versailler Vertrages ausdrücklich festgelegt, daß eine solche Zollgrenze nur dann errichtet werden darf, wenn sie im Interesse des besetzten Gebiets liegt. Wie wenig das der Fall ist, beweisen wiederholte dringende Vorstellungen vieler deutscher Stellen um Aufhebung der Zollgrenze. Diese Bitten waren durchaus berechtigt, da die Zölle die Lebenshaltung im besetzten Gebiet außerordentlich verteuern und die Konkurrenzfähigkeit der Werke des besetzten Gebietes wesentlich verschlechtern.

Eine Aufstellung,

die sich auf Zölle und Einkaufspreise von Textilwaren (Strümpfe, Hemden, Taschentücher, einfaches Gewebe, Kinderanzüge usw.) erstreckt, ergibt z. B., daß für diese Artikel im Durchschnitt Zollasten von 20 bis 25 Prozent bestehen. So beträgt der Einkaufspreis für Kinderanzüge aus Wolle oder Baumwolle im Durchschnitt 11,60 Mk. Hierauf ruht ein Zoll von 5,80 Mk. je Stück; das entspricht einer Belastung von 50,6 Prozent. Arbeiterhemden, für die ein sehr großer und dauernder Bedarf bei der Bevölkerung des besetzten Gebiets vorliegt, kosten im Einkauf 2,40; der Zoll beträgt mit 43 Pfg. je Stück 17,9 Prozent. Für einfache Wolldecken ergibt sich bei einem Einkaufspreis von 4,20 Mk. und einem Zoll von 4 Mk. sogar ein Prozentsatz von 83,3 Prozent. Für Porzellangegenstände liegen die Verhältnisse wegen ihrer Zerbrechlichkeit und der daher notwendigen starken Verpackung noch erheblich

Analyse der nationalen Welle.

Von Eli-Ha.

Ich zweifle nicht mehr daran, daß der nationalen Welle, die jetzt über Deutschland geht, mindestens fünfzig Prozent Alkohol beigemengt sind. Theoretisch war es mir immer klar, daß eine innige Beziehung zwischen Spiritus und Patriotismus vorhanden ist. Es hat nur noch die praktische Erfahrung gefehlt. Die hat man jetzt.

Man beobachte, wie zäh das Gastgewerbe an der dynastischen Tradition festhält. Man stelle fest, daß die monarchistischen Beziehungen, die Namen des Kaisers, Hindenburgs, der Prinzen, der Dynastie nur auf den Schildern einer einzigen Gewerbegruppe fortleben. Cafés, die Dielen, die Bierhäuser heißen: Wilhelma, Wilhelmsdiele, Hohenzollern, Vaterland, Hindenburg. Es ist also gewiß, daß der Alkoholkonsum und der Alkoholverbrauch auch die Gesinnung monarchistisch und vaterländisch beeinflussen. Ich kenne keine einzige Likörstube, die „Republik" hieße. Ich habe noch nie einen Betrunkenen gesehen, der ein Hoch auf die Republik ausgebracht hätte. Der Alkohol fördert bestimmt nicht die republikanische Gesinnung. Er fördert den Nationalismus, den Antisemitismus, die Wissenschaft des Professors Roethe, die Deutschen Tage, vielleicht noch die Technische Nothilfe, sicherlich die Lektüre des „Berliner Lokal-Anzeigers".

Ja, ich behaupte, daß der Alkohol ein integrierender Bestandteil des Nationalismus ist; wie vorhin ausgeführt: durch eine psychologische Analyse ergibt es sich, daß die nationale Welle zu fünfzig Prozent aus Spiritus besteht. Es ist eine fünfziggrädige nationale Welle.

Am Potsdamer Platz versuchte ein gewesener Leutnant der k. u. k. Monarchie den Anschluß Oesterreichs dadurch zu beschleunigen, daß er deutschen Likör trank, Kahlmann und Mampe. Die Folge war, daß er jüdisch aussehende Passanten belästigte. In dem Restaurant „Wilhelma", Ecke Rankestraße und Kurfürstendamm, in das Geßler, rein aus demokratischer Gesinnung, seine Reichswehrkapellen schickt. Freunde! weshalb erst um zwölf Uhr nachts? Weshalb nicht schon um sieben Uhr abends? Weil man um zwölf Uhr schon viel, um sieben Uhr noch wenig Alkohol konsumiert hat. Der Spiritus dringt in jenen Gehirnteil, in dem die nationale Gesinnung wohnt. Der Betrunkene sieht in jedem Nüchternen einen doppelten Juden. Die Märsche der Geßlerkapelle befördern den Antisemitismus, dem gelegentlich ein Amerikaner, ein Engländer, ein Italiener anheimfällt, weil wir doch niemanden in der Welt zu fürchten brauchen. Am wenigsten den Verband zur Hebung des Fremdenverkehrs.

In andern Ländern fördert der Alkohol die gute Laune. In Deutschland nur die patriotische. In andern Ländern ist der Monarchismus eine Ueberzeugung. Hier ist er ein Stadium der Besoffenheit. Deshalb schwankt der Boden der nationalen Belange so mächtig. Deshalb sieht die Rechte die Gefahr von links doppelt. Deshalb machen die Likörfabriken so gute Geschäfte. Je mehr Mampe, desto mehr Wulle. Je mehr Diktiner, desto mehr Diktator.

Wir werden eine Mampediktatur Ludendorffs erleben. —

Der kategorische Imperativ.

Von H. Otto.

Zurück zu Kant! gellt es seit einigen Jahren uns immer wieder in die Ohren. Kants Ethik oder genauer gesagt, sein kategorischer Imperativ soll die etwas reichlich stark angefaulte Moral unserer Zeit zur Gesundung bringen, soll wie ein heilkräftiges Serum den moralischen Ueberbau des Volkes durchfließen. Ja, ganz idealistische Gemüter glauben sogar, mit seiner Hilfe den Klassenkampf aus der Welt schaffen zu können. Oft genug kann man es hören: der kategorische Imperativ ist seit uralter Zeit gleich einem ehernen Gesetz verankert in der Menschen Brust.

Auf gut deutsch ist der kategorische Imperativ der unbedingte Befehl an die Vernunft, im gegebenen Augenblick die Pflicht zu tun. Mit Hilfe des kategorischen Imperativs will man die Menschheit dahin bringen, daß das Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen gegenüber der Allgemeinheit so stark ausgebildet ist, daß, falls die menschlichen Triebkräfte mit den Forderungen der Gesellschaft in Widerspruch geraten, der unbedingte Befehl an die Vernunft den Menschen zwingt, die von ihm verlangte Pflicht zu erfüllen. Der kategorische Imperativ tritt uns hier als eine Forderung entgegen, die noch ihrer Verwirklichung durch die menschliche Gesellschaft harrt.

Wie entstand der kategorische Imperativ? Entsprang er dem abstrakten Denken eines Philosophen, und ist er weiter nichts als eine abstrakte Forderung, gut für Idealisten, welche im realen Leben niemals verwirklicht werden kann, oder entsprang er dem gesellschaftlichen Sinn und den geistigen Strömungen einer bestimmten Zeitepoche?

Der kategorische Imperativ ist das Produkt der englischen Philosophie, eng verbunden mit der französischen Revolution. Ohne das geistige, philosophische Leben Frankreichs vor und während der großen französischen Revolution, ohne die philosophischen Lehren der Engländer wäre die Philosophie eines Kant, wäre der kategorische Imperativ undenkbar. Hier liegt der Kernpunkt zu unserer Einstellung zum kategorischen Imperativ. Er ist das Produkt der wirtschaftlichen Umwälzung eines vergangenen Jahrhunderts und der damit verbundenen sozialen Fragen und Forderungen, die im geistigen Leben der damaligen Zeit ihren Niederschlag fanden.

Wie ist unsere Einstellung zum kategorischen Imperativ als ethische Forderung? Solange die jetzigen Produktionsverhältnisse für die soziale Stellung des einzelnen maßgebend sind, wird und muß der kategorische Imperativ in dem von Kant gedachten Sinne eine abstrakte ethische Forderung bleiben. Wer etwas anderes behauptet, vergißt oder will es nicht wissen, daß die Philosophen vor Kant und Kant selber den Volkskörper als eine Einheit betrachteten, die Klassenverhältnisse nicht erkannt hatten.

Würden wir den kategorischen Imperativ rückhaltlos als höchstes im Menschen wohnendes und über den Menschen stehendes Gebot anerkennen, dann würden wir über uns selber den Stab brechen. Solange die jetzigen Produktionsverhältnisse unser gesellschaftliches und damit auch unser geistiges Sein beeinflussen, kann der kategorische Imperativ in dem von Kant gedachten Sinne niemals als Norm, als Maßstab für moralische Wertungen in Frage kommen.

Die schaffenden Kreise sind, wenn man bestimmte moralische Handlungen unter dem Gesichtswinkel des kategorischen Imperativs betrachtet, nicht wie das Bürgertum beim abstrakten Theoretisieren stehen geblieben, sondern ist zum praktischen Gestalten übergegangen. All das, was wir unter dem Begriff Solidarität zusammenfassen, ist die Verwirklichung des kategorischen Imperativs, soweit unsere Klasse in Frage kommt. Wenn sich der Begriff im Kantschen Sinne auch nicht mit dem Begriff der Solidarität deckt, so liegt dieses nicht an der organisierten Arbeiterschaft, sondern an denjenigen Kreisen des Bürgertums, die auf Kosten der Arbeiterschaft ein bequemes und nach menschlichem Ermessen sozial sicher gestelltes Leben führen wollen.

25 Jahre Insel-Verlag. Es sind 25 Jahre her, daß unter der Leitung von Professor Anton Kippenberg der Insel-Verlag in Leipzig gegründet wurde, der sich im Viertel eines Säkulums zu einem führenden deutschen Buchverlag entwickelt hat. Die Insel-Ausgaben sind bereits weltberühmt und gesucht. Besonders auf dem Gebiet der Klassiker wirkte der Verlag durch den Typus des schlichten, schönen Buches vorbildlich. An Spezialreihen sind in diesem Zusammenhang zu nennen: die Bibliothek der Romane, eine Auslese der Meistererepik, und die stattliche Zahl der kleinen Inselbücher, die sich rasch einen großen Kreis von Freunden schöner Literatur gewannen. Gleichzeitig mit dem 25jährigen Jubiläum des Verlages feierte der bescheiden im Hintergrunde wirkende geistige Kopf des Unternehmens, Professor Anton Kippenberg, seinen fünfzigsten Geburtstag.

Provinz und Umgebung

Lehrkurse für Obst- und Gemüseverwertung.

Wie alljährlich finden auch in diesem Jahre an der Obst- und Gartenbaulehranstalt in Herford wieder Lehrkurse über Obst- und Gemüseverwertung für Damen statt. Fünftägige Kurse sind: am 23. Juni, 28. und 29. Juli, 2. und 3. Oktober; am 24. Juni, 31. Juli und 1. August, 3. und 4. Oktober; am 26. Juni, 4. und 5. August, 6. und 7. Oktober; am 27. Juni, 7. und 8. August, 7. und 8. Oktober.

Ein viertägiger Kursus für Damen aus weiterer Entfernung findet statt vom 21. bis 24. Juli. Für die Teilnahme an den Kursen sind 12 Mk. und Einschreibegebühr 5 Mk. zu zahlen. Die Anmeldungen müssen 8 Tage vor dem Beginn des Kursus an die Obst- und Gartenbaulehranstalt in Herford gerichtet sein. Der Anmeldung ist die Einschreibegebühr beizufügen.

Zur Aussperrung in Oeynhausen und Minden.

Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes schreibt uns: In der „Westfälischen Zeitung" in Bielefeld Nr. 116 und in der „Mindener Zeitung" Nr. 109 stand eine Notiz über die beendigte Aussperrung (nicht Streik) in Oeynhausen und Minden und es heißt darin am Schluß: „Der Streik kann damit als restlos zusammengebrochen bezeichnet werden."

Zunächst handelte es sich nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung. Denn nachdem in Oeynhausen die Arbeiter 6 Wochen und in Minden 2 Wochen ausgesperrt waren, öffneten die Unternehmer die Betriebe zu ganz anderen Bedingungen, wie sie am 7. Mai vereinbart wurden. — Wenn auch für die Arbeiter die Beendigung der Aussperrung keine Veranlassung geben kann zu einem Siegesgeschrei, so liegt aber andererseits dazu auch keine Ursache auf der Unternehmerseite vor. Die Herren werden es sich bestimmt überlegen, ob sie noch einmal ein solches Experiment wagen, denn auch auf Unternehmerseite ist man sich darüber klar, daß man Haare hat lassen müssen. Hätten die Mindener Arbeiter, besonders die sich sonst so radikal gebärdenden, und auch die abgebauten Eisenbahner sich ehrlicher und solidarischer gezeigt, dann würde für die Arbeiterschaft noch ein günstigeres Resultat herausgekommen sein. Die Eisenbahner hatten sicherlich keine Veranlassung, den Sperr- und Streikbrecher zu spielen. Aber eines steht auch fest, daß ein Teil der Unternehmer die Rausreißer und Verräter an der Mindener Arbeiterschaft unter normalen Verhältnissen nicht eingestellt hätten. Aber nachdem in Minden zum Teil die Betriebe 50 Prozent stark besetzt waren, beschlossen die Ausgesperrten, die Arbeit zu den vereinbarten Bedingungen vom 7. Mai aufzunehmen, die bedeutend günstiger sind, als die von den Unternehmern zuerst beabsichtigten. Durch die Aufhebung der Aussperrung dokumentierten die Unternehmer zunächst ihren Reinfall, und der wäre noch größer gewesen, wenn sich die Sperr- und Streikbrecher in Minden nicht gefunden hätten, an denen die Unternehmer sicherlich keine allzu große Freude haben. — Dies als Antwort auf die etwas eigenartige Ueberhebung in den obengenannten Zeitungen.

Kreis Bielefeld.

Landaufenthalt für Kinder im Württembergischen Schwarzwald.

Vom Kreiswohlfahrtsamt wird uns geschrieben: Wie wir erfahren, sind in vielen Fällen die Eltern, deren Kinder im vergangenen Jahre im Württembergischen Schwarzwalde untergebracht waren, von den dortigen Pflegeeltern aufgefordert worden, auch in diesem Jahre ihre Kinder wieder für einige Wochen zu schicken. Da nun vielfach die Eltern wegen der hohen Fahrtkosten dies Angebot abschlagen müssen, haben wir uns entschlossen, bei genügenden Meldungen einen Sammeltransport zusammenzustellen. Die Kinder würden dann zu bedeutend ermäßigtem Preise fahren können. Die Meldungen werden bis zum 31. Mai beim Wohlfahrtsamt des Landkreises, Kaiserstr. 113, Zimmer Nr. 13, schriftlich oder mündlich entgegengenommen. Den Meldungen ist die Nachricht der Pflegeeltern, daß das Kind kommen soll, beizufügen.

Gadderbaum, 26. Mai. Gemeinderatssitzung am 23. Mai. Nachdem die Gemeinderatswahl für gültig erklärt, wurden die neugewählten Gemeindeverordneten durch den Vorsitzenden durch Handschlag verpflichtet. — Die Gemeinderatssitzungen sollen mindestens 2 Tage vorher ohne Mitteilung der Tagesordnung in den Tagesblättern veröffentlicht werden. — Der bisherige Gemeindevorsteher, Betriebsleiter Nusser, und dessen Stellvertreter, Landwirt Ellerbrock, werden einstimmig wiedergewählt. — Es wurden gewählt: in die Wege- und Friedhofskommission: Schlemm, Becker, Hornberg; in die Finanzkommission: Schlemm, Reckfiek, Wilkening, Ellerbrock, Ehmann, Benklage; in die Armenkommission: Sewing, Olderdissen, Klusmeier, Markewitz, Tuthorn (dieser Kommission ist es vorbehalten, sich durch Zuwahl zu ergänzen); in die Gesundheitskommission: Dr. Volland, Becker, Reckfiek, Höke, Frau Nottebrock. — Dem Lastenausgleich zwischen der Stadt Bielefeld und den Gemeinden des Landkreises Bielefeld vom 17. April wurde zugestimmt. — Nachdem die Bethelanstalten zugestimmt haben, übergibt die Gemeinde die im Anstaltsgebiet belegenen bisherigen Gemeindewege in die Unterhaltspflicht der Anstalt. Als Gemeindewege verbleiben: Ellerweg, der ausgebaute Eggeweg und die Deckerstraße bis zur Südwestecke des Gemeindefriedhofs. — Ein Angebot der Anstalt auf Uebernahme eines Schuppens zur Benutzung für Gemeindezwecke wird abgelehnt. — Eine Flüchtlingsfamilie, bestehend aus 5 Personen, soll vorläufig in der zurzeit unbenutzten Schulbaracke untergebracht werden. — Das Angebot auf Ankauf eines Sechsfamilienhauses auf dem Zentralfelde wird der Finanzkommission überwiesen.

Altenhagen, 25. Mai. In der Gemeindevertretersitzung vom 24. Mai wurde die Gültigkeit der Wahl beschlossen und die Vertreter vom Gemeindevorsteher durch Handschlag verpflichtet. Die Wahl des Vorstehers sowie dessen Stellvertreters erfolgte durch Akklamation. — Der bisherige Vorsteher W. Kuhlmann sowie dessen Stellvertreter Hch. Schlingheider wurden wiedergewählt. — Die Wohnungskommission, bestehend aus den Herren Herm. Hallerberg, Gottl. Sielemann, Heinr. Schlingheider, W. Kuhlmann und Fritz Funke, wurde ebenfalls wiedergewählt. — Die Fürsorgekommission besteht aus den Herren Schröder und Wiebrock als Arbeitgeber und den Herren Ostermeier und Schlingheider als Arbeitnehmer, Wege- und Wasserschaukommission Schröder, Wiebrock, Stenner und Siewecke. — Als Dienstunkostenentschädigung wurden dem Gemeindevorsteher 200 Mk. pro Jahr bewilligt. — Für Schulreinigung in Schule I wurden für das Sommerhalbjahr 12,50 Mk. und das Winterhalbjahr 22,50 Mk. pro Monat festgesetzt. — Dem ohne Genehmigung zugezogenen Jakob Machner aus Serbien soll eine Frist zur Wohnungsbeschaffung bis zum 15. Juli gegeben werden, nach diesem Zeitpunkt soll seine Ausweisung verfügt werden. Die Regelung des enteigneten Siedlungsgeländes wurde vertagt. —

Zu dieser Sache sei noch folgendes bemerkt: Durch die große Wohnungsnot entschlossen sich im Frühjahr v. J. einige Wohnungssuchende, Siedlungsbauten auszuführen. Da die Gemeinde über Bauland nicht verfügte, von den Siedlern solches auch nicht aufzutreiben war, wurde zur Enteignung geschritten. Regierungsseitig wurde die Enteignung vollzogen und auch der Preis festgesetzt. Gegen die Festsetzung des Preises wurde von dem Enteigneten Landwirt Nacke, Altenhagen, Einspruch beim Bezirksausschuß in Minden erhoben, mit dem Erfolge, daß von dieser Instanz dem Landwirt Nacke das Doppelte des vor dem Kriege gebotenen Betrages zugesprochen wurde. Wurde vor dem Kriege für ein Quadratmeter 1 Mk. gezahlt, so galt dieses für die hiesigen, rein ländlichen Gemeinden, als besonders hoch, dessenungeachtet setzte der Bezirksausschuß im Anfang dieses Jahres den Preis auf zwei Goldmark pro Quadratmeter fest. Daß die Siedler einen derartigen Betrag nicht zahlen können, dürfte jedem klar sein. Die Folge ist, daß nicht gebaut und die Wohnungsnot vergrößert wird. Daß der festgesetzte Preis entschieden zu hoch ist, gibt selbst Herr Nacke zu, indem letzterer die Zurücknahme des Landes verweigert.

Kreis Wiedenbrück.

Gütersloh, 26. Mai. Stahlhelmfahnenweihe. Viel Geschrei, wenig Wulle, kann man auch hier sagen. Kranzniederlegung, Sologesang des Stahlhelmhäuptlings mit Begleitung der Militärkapelle; das war so ungefähr die ganze Sache am Kriegerdenkmal. Wir sahen sehr viel Herren a. D., aber wenig Frontsoldaten. Die Jungdomänner zeigten sich mit ihren Kokarden, Eichenlaub und Zigaretten. In der guten alten Zeit trugen Männer die Kokarde, jetzt tragens merkwürdige Figuren. Es scheint, als wenn die Jungdollen alles, was wir herauswerfen, bei sich aufnehmen. Wir sahen gestern verschiedene Gestalten, die auch schon bei uns eine kurze Gastrolle gaben, aber mit Schimpf zum Teufel gejagt wurden. Das Flaggen in der Stadt war sehr mäßig. Der Ausmarsch zum Schützenhof glich dem einer Hammelherde und wird Teilnehmern und Zuschauern lange in Erinnerung bleiben als eine mieße Komödie.

Stadt Herford.

Stadtverordnetenversammlung vom 23. Mai.

(Schluß.)

3. Feststellung des Wahlergebnisses und Beschlußfassung über die Einsprüche. Ein Einspruch richtet sich in der Hauptsache gegen die technische Unzulänglichkeit der Räume im Abstimmungsbezirk Schule Wilhelmsplatz, gegen den vorzeitigen Schluß der Wahlhandlung und illoyale Handhabung durch den Wahlvorsteher, und ferner wird behauptet, daß 200 Wähler ihr Wahlrecht nicht hätten ausüben können der oben genannten Tatsachen wegen. Diese wurden jedoch vom Wahlvorstand und dessen Zeugen bestritten. Auf Wunsch verlas der Vorsteher den Aktenvorgang. Der Punkt wurde zur endgültigen Erledigung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Zur Prüfung des Einspruchs wird eine Kommission gewählt, bestehend aus den Stadtverordneten Dubbert, Kley und Schmalhorst.

4. Erlaß von Bestimmungen über die Neuwahl des Magistrats und der Kommissionen. Auch hierüber entstand eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte, die damit endete, daß die sozialdemokratische Fraktion auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung die 2. Lesung beantragte.

5. Wahl der Mitglieder des Wahlvorstandes für die Neuwahl des Magistrats und der Kommissionen. Gewählt wurden die Stadtverordneten Dubbert und Niemeyer, als Stellvertreter die Stadtverordneten Landwehr und Höcker.

6. Bestimmungen über die städtischen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen. Den Stadtverordneten war eine Vorlage zugegangen, die die Besetzung im einzelnen regelt. Bei der Beratung über die Zusammensetzung namentlich der wichtigsten Kommissionen, wie Stadtverordnetenausschuß, Finanz- und andere Kommissionen, ging es nicht ohne scharfe Zusammenstöße zwischen dem Rechtsblock und den Sozialdemokraten ab. Scharf kam bei den Abstimmungen zum Ausdruck, daß die Rechtsparteien von ihrer neugewonnenen Macht den rücksichtslosesten Gebrauch zu machen gewillt sind. Da auch hier das Verhältniswahlsystem angewandt wird, kann man allerdings nicht mehr die vorkriegszeitlichen Verhältnisse in Anwendung bringen, wo man die Sozialdemokraten grundsätzlich von jeder Mitarbeit ausschaltet. Nichtsdestoweniger werden wir damit zu rechnen haben, daß der Versuch einer einseitigen Handhabung der Geschäftsführung in allen Verwaltungsangelegenheiten unternommen wird. Sogar über das Gesetz glaubte man sich hinwegsetzen zu können. Beantragte doch der Stadtv. Böckelmann kurzerhand, die erst vor kurzem neugewählte Gewerbesteuerkommission ebenfalls neu zu wählen. Stadtv. Hesse machte darauf aufmerksam, daß diese Kommission für ein volles Jahr gewählt ist und sagte: „Sie können wohl das Recht, nicht aber das Gesetz beugen." Trotzdem beschloß die Mehrheit, auch diese Kommission neu zu wählen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wird auch dieser Punkt in 2. Lesung erneut durchberaten.

Kreis Herford.

Die Arbeitsvermittlung

im Landkreis Herford erfolgt durch den am 1. Mai errichteten Oeffentlichen Arbeitsnachweis Herford-Land. Die Stellung von Anträgen auf Vermittlung von Arbeit sowie die Meldung offener Stellen hat zunächst bei der Stadt Bünde bezw. bei den Aemtern des Kreises zu erfolgen.

Enniglob, 23. Mai. In der ersten Sitzung der neu gewählten Gemeindevertretung wurden die Gemeindeverordneten durch Handschlag verpflichtet. — Auf den von den Herren M. Lange und Karl Wippermann eingereichten und von ersterem in der Sitzung mündlich näher begründeten Protest gegen die Gültigkeit der Gemeindewahl beschloß die Gemeindevertretung mit 7 gegen 6 Stimmen, eine neue Feststellung des Wahlergebnisses für den Abstimmungsbezirk 3 vornehmen zu lassen, da das in der Wahlniederschrift dieses Bezirks angegebene Ergebnis für unrichtig geholten wurde. — Die Gemeindevertretung war infolge dieses Beschlusses nicht weiter verhandlungsfähig.

Kreis Paderborn.

Stadtverordnetenversammlung in Paderborn vom 23. Mai.

Oberbürgermeister Haerten nahm vor Eintritt in die Tagesordnung die Gelegenheit wahr, dem alten Kollegium einen Nachruf zu widmen; sämtliche Stadtverordnete und Kommissionsmitglieder hätten sich gut bewährt. Besonders gedachte er der ehemaligen Stadtverordneten Ransohoff und de Weldige. — Die Wahl der Ausschüsse wurde in der Weise, wie sich die Parteien vor der Sitzung geeinigt hatten, angenommen. Der Magistrat bleibt in der bisherigen Form bestehen, nur daß die durch den Tod des Stadtsyndikus Dr. Roß erledigte Magistratsstelle nicht neu besetzt wird. — Die Neufestsetzung der Schlachthausgebühren wurde angenommen und zwar so, daß nur eine Verschiebung zwischen Benutzungs- und Untersuchungsgebühren vorgenommen wird, ohne an dem finanziellen Endergebnis etwas zu ändern. — Ein Zuschuß von 800 Mk. an die kath. Stadtbibliothek wurde bewilligt. — Eine längere Aussprache knüpfte sich an den Punkt, Anstellung eines hauptamtlichen Religionslehrers für die Gewerbliche Fortbildungsschule. Vorgesehen ist ein Kaplan Hesse aus Dortmund, der nach Gehaltsklasse 9 angestellt werden soll. Stadtv. Brockmann sprach für den Unterricht. Weil die Stadt Paderborn aber noch mit großen Finanzschwierigkeiten zu kämpfen habe, trage er gegen die hauptamtliche Anstellung große Bedenken. Es hätte bisher in nebenamtlicher Tätigkeit ganz gut gegangen und würde auch so noch weiter gehen. Er wünschte Vertagung bis für bessere Zeiten. Stadtv. Stahlberg teilte mit, daß sich das Kuratorium vor 2 Jahren hätte auch nicht zu dieser Anstellung entschließen können und er ist auch der Ansicht, daß es so weiter geht. Nachdem noch weitere Stadtverordneten die Bedenken der soz. Fraktion geteilt hatten, wurde die Vorlage gegen die Stimmen der soz. Fraktion angenommen. — Mit der Einleitung von Verhandlungen wegen Ausscheidens der Stadt aus dem Kreise erklärte sich das Kollegium einverstanden. — Der Aufforstung der Mönkelo und dem Bebauungsplan für das Riemekeviertel wurde zugestimmt.

Es folgen dann 3 Anträge der soz. Fraktion:

1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den § 8 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu ändern: Die Abstimmung muß eine namentliche sein, wenn ein diesbezüglicher Antrag von mindestens 3 Stadtverordneten unterstützt wird, oder wenn sie vom Magistrat verlangt oder vom Vorsitzenden angeordnet wird."

2. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, „der Magistrat wird ersucht, umgehend Richtlinien über die Verwendung der aus der Mietzinssteuer an die Stadt fallenden Gelder aufzustellen und diese in geeigneter Weise zu veröffentlichen".

3. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, „der Magistrat wird ersucht, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Wiedereröffnung des Kaiser-Karls-Bades zu ermöglichen".

Die Anträge wurden von den Stadtv. Stahlberg, Lücking und Brockmann eingehend begründet. Stadtv. Dr. Rempe betonte zum Antrag 1, daß das jetzige Verfahren nicht das richtige sei, sondern daß dadurch die Minderheit auch könnte wirklich in der Minderheit gedrückt werden. Der erste Antrag wurde jedoch abgelehnt, während die beiden anderen Anträge angenommen wurden.

Gerichtliches.

fr. **Bielefeld,** 24. Mai. Schwurgericht. Am Sonnabend in später Abendstunde ging der Prozeß gegen den Kaufmann und Fabrikanten Bruno Viertmann wegen Verleitung zum Meineid und versuchter Verleitung gegen die Kontoristin Selma Ziesig wegen Meineid, beide von hier, nach zweitägiger Verhandlung zu Ende.

Der Grund der Anklage war, daß Viertmann, gegen den ein Strafverfahren schwebte, die Ziesig durch Versprechungen und Geschenke vorsätzlich bestimmt haben sollte, in einer für ihn günstigen Weise auszusagen; ferner die Stickerin Elfriede Brünger zu dem gleichen Vergehen zu verleiten versucht haben sollte.

Am 26. März erfolgte die Verhaftung der Angeklagten. Schon damals kursierten die verschiedensten Gerüchte unter dem Publikum über die Ursachen der Festnahme. Es war daher auch nicht zu verwundern, wenn eine gewisse Sensationslüsternheit und Neugier Platz gegriffen hatte. Sie zeigte sich in dem Andrange zu dem Zuhörerraum bei Beginn der Verhandlung am Dienstag morgen. Das Publikum kam nicht zur Befriedigung seines Sensationsbedürfnisses. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt, die öffentliche Sittlichkeit erschien gefährdet.

Zu der Verhandlung waren 4 Aerzte als Gutachter geladen. Sie wurden als Sachverständige gehört, die über die Ursachen, die zu der Verleitung der Ziesig zum Falscheid geführt haben sollten, ihr Urteil abgaben. Den Verhandlungsraum füllte eine zahlreiche Zeugenschar, die teils von der Anklagebehörde geladen, teils von der Verteidigung gestellt worden war.

Nach dreistündigem Plädoyer der Verteidigung verkündete das Gericht 11¼ Uhr das Urteil. Wegen Meineids wurde Selma Ziesig zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt; Bruno Viertmann wegen Verleitung zu demselben zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Ferner wurde auf dauernde Aberkennung der Fähigkeit vor Gericht als Zeuge zu erscheinen erkannt. 1 Monat Untersuchungshaft wurde angerechnet. Die Begründung des Urteils erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Vermischtes.

Schwere Wolkenbrüche und Gewitter suchten die Gegend südlich des Gebirgszuges bei Halberstadt heim. Die reißenden Fluten legten Mauern um, rissen das Pflaster auf und führten Vieh und Inventar mit weg. Die Saaten sind teilweise vernichtet. Im Dorfe Ströhbeck stand das Wasser zwei Meter hoch. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Sachschaden ist sehr groß.

Automobilunfälle. In der Gegend von Bernau fuhr ein Auto gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Der Chauffeur blieb unverletzt, seine Schwiegermutter wurde getötet, während seine Frau mit schweren Beinverletzungen, sein Kind mit Kopfbeschädigungen und sein Schwager mit Handverletzungen davon kamen. Auch in der Gegend von Lübben fuhr ein Auto gegen einen Baum und überschlug sich. Ein Insasse wurde gegen den Baum geschleudert und getötet, ein zweiter Insasse erhielt schwere Arm- und Beinbrüche und ein mitfahrender Herr eine Rippenquetschung und einen Beinbruch.

Mord und Selbstmord. In Werder bei Potsdam erschoß Sonntag nachmittag nach vorangegangenem Streit ein junger Arbeiter seine Braut und versuchte dann, sich selbst zu erschießen. Da die Waffe versagte, sprang er in die Havel und ertrank. Seine Leiche wurde geborgen. Ein zweites Drama spielte sich Sonntag früh ebenfalls in Werder ab. Eine 29jährige Kaufmannsehefrau warf sich mit ihrem fünfjährigen Töchterchen in die Havel und ertrank.

Die Schwarzmeerküste durch Erdrutsch in schwerer Gefahr. Großes Aufsehen erregen, wie der Ost-Expreß berichtet, die Mitteilungen, welche Professor Muschketow, der Rektor des Bergbauinstituts, einem Interviewer von der „Iswest'ja", über die Erdrutschgefahr in Südrußland gemacht hat. Nach Meinung des Gelehrten ist nicht nur die Krim (von deren Gefährdung schon öfter die Rede war), sondern auch das ganze kaukasische Ufer des Schwarzen Meeres der Gefahr großer Erdrutsche und Küstenabbröckelungen ausgesetzt, die einerseits durch die Gewalt des vordringenden Meeres, andererseits durch das Vorhandensein unterirdischer wasserführender Schichten erklärt. Die Hochwasser dieses Frühlings haben dann noch ein übriges zur Auflockerung des Bodens getan. Nach Muschketows Meinung sind alle berühmten Kurorte am Schwarzen Meer in großer Gefahr. Alupka z. B. zeige schon eine so starke Senkung, daß man mit einem Absturz der ganzen Ortschaft ins Meer rechnen müsse. Ebenso sei der geplante Bau einer Eisenbahn an der kaukasischen Schwarzmeerküste undenkbar, wenn nicht vorher für die Befestigung des Küstensaumes gesorgt wird. Bisher sei aber weder hier noch überhaupt in einem der bedrohten Bezirke irgendetwas zur Sicherung unternommen worden. Aehnliche drohende Erscheinungen werden bei Kiew und am Unterlauf der Wolga beobachtet.

Spiel und Sport.

Bezirksspiele der Gruppenmeister der Jugendklasse.

Resultate vom Sonntag, den 25. Mai in Salzuflen: Ost II gegen Bünde I 1:2, Salzuflen I gegen Ost I 1:2.

Am Sonntag, den 1. Juni, spielt: Stieghorst gegen Salzuflen in Salzuflen vormittags 10—11 Uhr, Schiedsrichter Kaufmann, Schötmar;

Bünde gegen Ost 2½—3½ Uhr in Bünde. Schiedsrichter Meyer, Enniglob.

Quittung.

Bielefeld, 27. Mai. Für den Wahlkampf gingen ein: Bielefelder Konsumverein, Reparaturwerkstatt, 2. Rate, 35,10 Mk., Lagerhalter und Verkäuferinnen, 4. Rate, 307 Mk., Holzarbeiter, 2. Rate, 121,50 Mk., Bäckerei, 2. Rate, 71,40 Mk., Schlachterei, 2. Rate, 22 Mk.; Hunecke & Hollmann, Sieker, 24 Mk.; K. & Th. Möller, Brackwede, 216,50 Mk., A. O. K., Liste 596 — 68 Mk.; Wittler & Co., Angestellte 8 Mk.; Drexhage & Co., Ubbedissen 51,45 Mk.; Betriebsamt 10 Mk.; Senne I: Liste 547 4 Mk., Liste 549 2 Mk., Liste 552 18,25 Mk., Liste 556 2 Mk.; Strobach, Liste 290 5 Mk.; Gemeinde- und Staatsarbeiter: Kanalbau 14 Mk., Straßenbau 6 Mk.; Liste 335 15 Mk.; Miele & Co. 32 Mk.; Dürkopp, Eingang 4, Liste 121 1,50 Mk.; Nagel & Co. 13,50 Mk.; Liste 526 (Röwekamp) 8,50 Mk.; Anerwerke, 2. Rate, 84,30 Mk.; Rheda 157,30 Mk.; Gütersloh, 2. Rate, 298,50 Mk.; Hillegossen 36 Mk.; Theesen 20,50 Mk.; Brackwede 42 Mk.; Stieghorst 47 Mk.; Maizig, Rheda 1 Mk.; Maifeier Schildesche 45,30 Mk.; Dr. B. 5,40 Mk.

Adolf Zenker.

Witterungsbericht vom 27. Mai 1924.

Niedrigster Thermometerstand in der Nacht . . . . . + 7 Grad C
Thermometerstand um 9 Uhr vormittags . . . . . + 13½ Grad C
Barometer: 756 mm; Wind: SW.; Himmel: heiter.
Niederschläge am 26. Mai: 1,0 mm.